

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro viergespaltene Zeilzeile 60 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 40 Pf.; Verjam-
lungsanzeigen zc. 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 44.

Berlin, den 28. Oktober 1911.

27. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Diejenigen Zahlstellen und Gauen, die eine Abrechnung für das 3. Quartal noch nicht an uns eingeschickt haben, ersuchen wir, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzukommen. Etwaige Restanten dürfen unter keinen Umständen ein Hindernis für die Fertigstellung und Einsendung der Abrechnung bilden.

2. Die Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pf. pro Woche für die Mitglieder der 3. und 4. Klasse und 10 Pf. pro Monat für die Mitglieder der 1. und 2. Klasse ist von der Zahlstelle Stößen beschlossen und unsererseits gutgeheißen worden.

3. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Stat. Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gawe sowie an die Kassierer der Zahlstellen verjandt worden. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Die Zusendung erfolgt jetzt direkt an die Kassierer der Zahlstellen, weil es einige Bevollmächtigte bisher immer veräumten, die Karte rechtzeitig an den Kassierer weiterzugeben und dadurch stets unliebsame Verzögerungen entstanden sind. Sollte irgendwo ein anderer Funktionär für die Ausfüllung der Berichtskarte in Betracht kommen, so ersuchen wir diesen, die Berichtskarte sofort von dem Kassierer der Zahlstelle zu verlangen. Auch die Kassierer sind verpflichtet, wenn einem anderen Funktionär die Ausfüllung der Berichtskarte übertragen ist, diese sofort dorthin weiterzugeben.

Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 28. Oktober in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 28. Oktober erfolgen und sind dieselben dann sofort an uns einzusenden. Berichtskarten, die nicht spätestens am 8. November bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden.

4. Mitte November soll ein neues Adressverzeichnis herausgegeben werden. Wir ersuchen darum unsere Bevollmächtigten, das leisterdienene Verzeichnis — herausgegeben Mitte August — auf seine Richtigkeit hin zu prüfen und uns die vorzunehmenden Änderungen umgehend zu melden. Im neuen Verzeichnis können nur die Änderungen noch berücksichtigt werden, die uns bis zum 6. November zugegangen sind.

5. Unsere in voriger Nummer erlassene Umfrage betreffs Gewährung von Ferien in unserem Berufe bringen wir nochmals in Erinnerung. Alle diesbezüglichen Mitteilungen bitten wir auf ein besonderes Blatt Papier zu

schreiben, um dieselben leichter ordnen zu können.

6. Das Mitglied Bernhard Müller, Buchnummer 90 591, wird ersucht, uns sein Mitgliedsbuch umgehend zur Kontrolle einzusenden. Wir bitten die örtlichen Funktionäre, Müller zutreffendenfalls auf unser Ersuchen hinzuweisen und auf dessen Erfüllung zu achten.

7. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsarten bezw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden.

Nr. 64 599	ausgestellt für	Emilie Nemik
" 70 602	" "	Richard Stopp
" 74 625	" "	Else Kobak
" 82 713	" "	Elfriede Graf
" 84 767	" "	Max Nicol
" 88 709	" "	Jakob Krämer
" 93 274	" "	Fritz Gebauski
" 95 673	" "	Julius Thalheimer
" 96 343	" "	Marie Schmidt
" 100 304	" "	Wilhelm Henke
" 101 526	" "	Elsa Kockig
" 109 127	" "	Babetta Kaiser
" 112 004	" "	Elisabeth Nagel

8. Ausgeschlossen auf Grund des § 16 b des Statuts wurden in Berlin der Buchbinder Anton Stara aus Berlin (B.-Nr. 81 341) sowie die Kontobuchhalterinnen Hedwig Lehmann aus Berlin (B.-Nr. 83 675) und Hedwig Helke aus Berlin (B.-Nr. 104 817).

Der Verbandsvorstand.

Agitations- und Bildungsarbeit.

Die Glutstöße des Sommers liegt schon seit Wochen hinter uns und Baum und Strauch stehen entblättert; ein rauher Wind durchstreicht das Gelände und färbt die Wangen des Wanderers frostrot. Der Winter steht vor der Tür mit seiner Kälte, seinem Schnee und seinen Eiszshollen. Für große Schichten der Arbeiterklasse bedeutet der Winter eine Etappe verstärkter Not, die sich diesmal angeht der herrschenden Teuerung noch ganz besonders fühlbar machen wird. Für die Bourgeoisie aber ist die Winterfaison ein Abschnitt glänzender Soireen und rauschender Festlichkeiten. Und die „staatszerhaltende“ Klatsch- und Sensationspresse wird wieder über lukullische Genüsse und kostbare Roben der honetten Gesellschaft berichten können. . . .

Auch die Arbeiterchaft hat im Winter ihr bescheidenes Unterhaltungsprogramm. In großen Städten sorgen Bildungsausschüsse dafür, daß ihr für wenig Geld eine Unterhaltung geboten wird, die sie sittlich hebt und geistig weiterbildet. Allerdings können viele Arbeiter sich auch an diesen einfachen und zur geistigen Anregung so notwendigen Veranstaltungen nicht beteiligen. Das Gespenst dpr Arbeitslosigkeit während eines großen Teiles des Jahres und auch sonst geringer Verdienst verhängt das. — Neben diesen Veranstaltungen zur Hebung des allgemeinen Wissens und der Bildung der Arbeiterchaft birgt der Winter noch eine weitere und ungleich wichtigere Mission für

uns in sich. Das ist die Pflege des Verbandslebens und hierunter fällt vor allem das Verjammlungsleben. Gewöhnlich werden die Winterverjammlungen besser als die Sommerverjammlungen besucht. In der lauen Jahreszeit ist auch zumeist der Verjammlungsbesuch lau. Der Aufenthalt in freier und frischer Natur ist zu verlockend und wird von vielen Arbeitern dem Verjammlungsbesuch vorgezogen. Das aber fällt für den Winter weg und deshalb ist im allgemeinen im Winter ein regeres Leben anzutreffen.

Mit dieser sich aus den wirtschaftlichen und jahreszeitlichen Umständen ergebenden Ursache haben wir zu rechnen und danach unsere Maßnahmen zu treffen. Jeder in der Gewerkschaftsarbeit erfahrene Kollege weiß, welche Wichtigkeit die Verjammlungen für uns haben. Es gilt hier, mit der Kollegenchaft unsere notwendige Taktik und unsere Einrichtungen zu beraten und Organisationsfragen zu lösen. Aus diesem Grunde ist notwendig, die Verjammlungen auch so zu gestalten, daß sie wirklichen und bleibenden Wert haben und unsere Mitkollegen, deren Anzahl — wie erst aus unserer letzten Nummer hervorging — in ständigem erfreulichem Steigen begriffen ist, zu überzeugten Mitarbeitern in der Organisation heranzubilden.

Unter Würdigung dieser Tatsache müssen wir darauf bedacht sein, unsere Verjammlungen auch interessant zu gestalten. Glücklicherweise hat man schon vielerorts mit dem so gebräuchlichen und landläufigen Schema der Tagesordnung gebrochen, in der es heißt: „1. Einlassieren der Beiträge. 2. Verlesen des Protokolls. 3. Wahlen. 4. Kartellbericht. 5. Verschiedenes.“ Eine solche Tagesordnung übt aber keinen Reiz aus und die Ausrede, die Verjammlung deshalb nicht zu besuchen, weil sie wenig Belehrendes biete, hat unter solchen Umständen einen gewissen Schein von Berechtigung. Allerdings nur einen Schein. Denn ein echter Gewerkschaftler wird nie ohne zwingenden Grund der Verjammlung fernbleiben. Immerhin aber ist notwendig, auch den Schein zu vermeiden und deshalb muß die Tagesordnung so gestaltet werden, daß sie schon durch ihre äußere Signatur besser anspricht und Interessantes bietet. Die Punkte „Einlassieren der Beiträge“ und „Verlesen des Protokolls“ sind als Tagesordnungspunkte überflüssig. Die Beitragszahlung läßt sich dort, wo sie in den Verjammlungen vorgenommen wird, bereits vor deren Eröffnung betreiben und erledigen und das Verlesen des Protokolls ist eine so selbstverständliche Sache, daß es vor Eintritt in die Tagesordnung erledigt werden kann und nicht als besonderer Punkt zu behandeln ist. Dafür setze man aber als ersten Punkt einen zugkräftigen Vortrag mit einem Referenten an. Es ist nicht am Platze, hier einzuwenden, daß nicht immer ein tüchtiger Referent zu beschaffen sei und das Referat mit einigen Geldkosten verknüpft ist. Bei einer stärkeren Zahlstelle kommen die Letzteren übrigens wenig in Betracht. Und wenn wirklich kein Referent vorhanden sein sollte, dann muß ein intelligenter Kollege versuchen, über irgend eine Tagesfrage einen Vortrag zu halten. Dankbares Material ist stets vorhanden. Jedenfalls aber löst ein solcher Vortrag eine Diskussion aus, die bei einigermaßen guter Behandlung auch interessant und anregend wirken muß. Wo trotzdem irgendwelche Hindernisse vorliegen, um ein Referat auf die genannte Weise halten zu lassen, da verlese man einen Artikel aus dem Verbandsorgan und knüpfe daran eine Diskussion. Hier

hat man dann Gelegenheit, das Interesse der Mitglieder auf das Verbandsorgan hinzulenken und sie zum fleißigen Studium desselben anzuregen. Bei dieser Gelegenheit sei auch an unser Verbandsstatut erinnert. Ueber dessen Inhalt und Auslegung herrscht unter unseren Kollegen noch vielfach große Unkenntnis. Ein wie leichtes und dankbares Unternehmen ist es, das Statut paragrafenweise in der Versammlung durchzunehmen und an der Hand von Erfahrungen aus der Praxis zu erläutern und dadurch manches Mißverständnis aufzuheben. Schon mit dieser so einfachen wie naheliegenden Materie lassen sich eine Reihe Versammlungsabende vor allem kleinerer Zahlstellen in guter und praktischer Weise ausfüllen.

Diese wenigen Anregungen zeigen schon, daß eine Menge Stoff vorhanden ist, der unsere Versammlungen ohne weiteres auf ein höheres Niveau heben und sie interessanter gestalten kann. Unsere Zahlstellenleitungen brauchen nur ins volle Menschenleben hineinzugreifen. Bei offenem Sinn und Kopf werden sie stets etwas erfassen, das sie zum Nutzen unserer Bewegung in den Versammlungen ausnützen können.

Nun noch zum ominösen Punkt „Verschiedenes“ oder „Eventuelles“ oder wie er sonst heißen mag. Dieser Punkt steht nach allen bisher gemachten Erfahrungen in keinem besonders guten Geruch. Vor allem beliebt es manche Kollegen, bei dieser Gelegenheit Kleinliche und persönliche Streitereien auszutragen, die aber mehr als alles andere geeignet sind, die Mitglieder aus den Versammlungen zu vertreiben. Außerdem wirkt das beschämend und stellt den bisher harmonisch verlaufenen Gang der Versammlung in Frage. Ein guter Versammlungszuschuß aber ist die Würze des Ganzen. Deshalb vermeide jede Leitung strengstens, daß Streitigkeiten persönlicher Natur sich in der Versammlung ausleben. Derlei unliebsame Dinge erledigt man am besten schon vorher in einer Vorstandssitzung und erteilt dann — wenn noch notwendig — über das Ergebnis in der Versammlung einen kurzen Bericht. Keineswegs aber gehören solche störenden Momente in aller Breite vor das Forum einer Versammlung. Durch ein kurzes, zusammenfassendes und anfeuerndes Schlußwort des Vorsitzenden erhält jede Versammlung, die auch nicht allzulange ausgedehnt werden sollte, einen harmonischen Abschluß.

In der vorgedachten Weise möge also versucht werden, unsere Versammlungen zu dem so überaus wichtigen Faktor zu gestalten, der sie in unserer Organisation sein sollen. Wird dann noch die mündliche Agitation gepflegt, und auch hierin eignet sich der Winter ganz vorzüglich, dann wird unsere Organisationsarbeit auch eine nutzbringende sein und unseren Verband so gestalten, daß er den kommenden Tagen gestärkt und wohlgewappnet entgegengehen kann!

In Chemnitz ein Tarif vereinbart!

Die Tarifbewegung der Kartonnarbeitserschaft in Chemnitz ist als abgeschlossen zu betrachten. Wie bereits gemeldet, fanden am Sonnabend, den 14. Oktober, Verhandlungen mit drei Firmen statt, die zu einem Lohn- und Arbeitsvertrag führten, der dann als Grundlage auch für die anderen Betriebe benutzt wurde. Im Laufe der ersten Tage der vergangenen Woche bewilligten weitere sechs Firmen diesen Tarif. Das mag mit dazu beigetragen haben, daß eine Annäherung zwischen einer Kommission der neu gegründeten Fabrikantenvereinigung ermöglicht wurde. Am 19. Oktober fanden mit dieser Verhandlungen statt, die in 6½stündiger Dauer eine recht ergiebige Aussprache über die Berufslage im allgemeinen mit sich brachten und mit zum Teil nur redaktionellen Änderungen zur Annahme des bereits erwähnten Lohn- und Arbeitsvertrages führten. Nur eine Differenz blieb unerledigt; es bestand Meinungsverschiedenheit darüber, ob für geübte Kartonnarbeiterinnen 24 oder 23 Pf. bei den ersten Verhandlungen vereinbart sei. Die Prinzipale behaupteten 23 Pf., wir als Arbeitervertreter 24 Pf. Eine Versammlung der Streikenden vom 20. Oktober beschloß, an 24 Pf. festzuhalten. Eine am gleichen Abend stattgefundenen Fabrikantenversammlung beschloß, 23 Pf. im Vertrag beizubehalten, machte aber den Vorschlag, diese 23 Pf. nur an Reueingestellte in den ersten acht Tagen zu zahlen, um dann 24 Pf. Entlohnung eintreten zu lassen. Damit erklärte sich eine Versammlung der Streikenden am 21. Oktober einverstanden und nahm den Vertrag einstimmig an.

Die Fabrikanten hatten ferner noch infosen Entgegenkommen gezeigt, indem sie die Verkürzung der Arbeitszeit nicht erst am 1. Januar 1912, sondern sofort zur Einführung bringen wollten.

Die Einstellung der Streikenden ist in den meisten Betrieben glatt vor sich gegangen, trotzdem werden wir noch einen Teil Kollegen und Kolleginnen auf kurze Zeit unterzücken müssen, weil die Unternehmer allen denen ihrer Abnehmer, die eine Preisaufbesserung für Kartons nicht zubilligten, keine Schätzeln liefern. Und daß es auch einige Herren gibt, die es den Arbeitern fühlen lassen wollen, versteht sich am Rande. Das sind meist solche, die während der 14 Tage „passenben“ Erjaß gefunden haben. Wie die Verhältnisse in unserer Branche liegen, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß innerhalb 14 Tagen sich alles regeln wird.

Ueberblicken wir unsere Bewegung, dann muß jeder Einsichtige sagen, daß der Erfolg ein zufriedenstellender ist. Genuß sind bei weitem nicht alle unsere Wünsche im Vertrage berücksichtigt, aber man bedenke auch, daß wir die Bewegung mit nur ungefähre der Hälfte unserer Berufsangehörigen geführt haben. Der Feind im eigenen Lager war noch zu groß. Unsere eigenen Kollegen und Kolleginnen waren es, die uns unser Vorgehen erschwerten und nicht mehr erreichen ließen. Sie waren noch zu wenig von unserem Vorgehen durchdrungen, vielleicht auch, weil erstmalig in Chemnitz der Streik gewagt wurde, noch zu feig, sich uns anzuschließen. Wir werden mit ihnen nicht zu scharf ins Gericht gehen können, sondern wollen die dreijährige Tarifperiode benützen, um auch diese zu gewinnen zu suchen.

Eine Grundlage ist in der Arbeiterstadt Chemnitz erreicht, auf der weiter gebaut werden kann. Möchten alle Kollegen und Kolleginnen in sich gehen, die sich bisher abseits stellten, jetzt aber den Vorteil einer Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit genießen, damit denen zum zweitenmal nicht nachgesagt werden kann, sie steden nur das mit ein, was andere jüer sie errungen haben.

Innerhalb unserer Bewegung ist zugleich auch eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Augustkartonnagenbetrieben Nichter u. Weizrausch (früher Röhne u. Zahn) und der Firma Mag Stopp-Oh-Kappel erfolgt. Wenn die letztere Firma durch den Tarifabschluß befreit ist, sich einen guten Ruf zu erringen, dann wird sie in Zukunft um Arbeitskräfte für Kartonnagen nicht in Verlegenheit kommen.

Katholische Verleger gegen die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter.

In Regensburg, wo im fürstlichen Palais der Bischof Henke thront, der im bayerischen Landtag das gestühlte Wort sprach: „Wer als Knecht geboren, soll auch Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entthoben wird!“ — holen die bedeutendsten Verleger katholischer Literatur und von Zentrumszeitungen zu einem vernichtenden Schläge gegen die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen aus, indem sie nur noch solches Personal in ihren Buchbindereiabteilungen einstellen wollen, welches christlich organisiert ist. Mitglieder des neutralen Buchbinderverbandes sollen also jordan von der Einstellung ausgeschlossen bleiben. — Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die der Vorsitzende des Buchbinderverbandes bei den katholischen Verlagsanstalten Rufset, Gabel und Manz gemacht hat. — Diese Haltung der „christlichen“ Verleger ist um so auffälliger, als sie aus Anlaß einer Lohnbewegung geschieht, die gemeinsam von dem Deutschen Buchbinderverbande und dem christlichen graphischen Verbands geführt wird, welche die Erneuerung bezw. Aufbesserung eines seit 1907 bestehenden und von beiden genannten Organisationen mit den Regensburger Unternehmern abgeschlossenen Tarifes zum Ziele hat. Doch plötzlich erklärten jene drei Firmen, daß sie weder mit dem Buchbinderverband Verhandlungen führen, noch einen Tarif abschließen würden, sondern nur allein mit dem christlichen Verbands. Dabei ist das Organisationsverhältnis ein solches, daß im Buchbinderverbande 61 organisiert sind und im christlichen Verbands 120, in einer der drei Firmen jedoch den 19 freigewerkschaftlich organisierten nur 3 Christliche gegenüberstehen.

Alle Vorstellungen von der Unhaltbarkeit eines solchen unlauteeren Zwanges nützen nichts. Bergeblich war der Hinweis auf die Stellungnahme des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem früheren Organisationsvertrag im Buchdruckgewerbe, den die genannten Gewerkschaften sogar auf gesetzlichem Wege beseitigen wollten, umsonst die Geltendmachung des neuen Buchdruckertarifs, der eine Forderung nach einer bestimmten Organisationszugehörigkeit bei Einstellung und Beschäftigung von Schiffsen für unzulässig erklärt und den

diese Firmen anerkannt haben. Selbst die Tatsache verfehlte ihre Wirkung, daß eine der drei Firmen durch ihren Filialbetrieb in München mit dem Buchbinderverbande im Tarifverhältnis stehe und der christliche Verband dort als Tarifkontrahent zugelassen sei, trotzdem er kaum 100 Mitglieder gegenüber dem 1400 Mitglieder starken Buchbinderverbande zähle. Immer wurde die gleiche Antwort zuteil, die Herr Kommerzienrat Friß Rufset gab: „Wir verlegen hauptsächlich christliche Literatur, christliche Vereine und Gewerkschaften sind unsere Kunden, und da können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir nur christlich organisierte beschäftigen wollen, anstatt solcher Arbeiter und Arbeiterinnen, die weder unsere Verlagswerke kaufen, noch sie empfehlen, sondern sie sogar bekämpfen.“ Also: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe!“ — oder mit anderen Worten: diese „christlichen“ Verleger glauben, mit der Arbeitskraft ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen auch gleich deren Gesinnung kaufen zu können. Nach dieser famosen Theorie, die übrigens bei Rufset und Gabel schon längst in die Praxis umgesetzt ist, hätte also jeder liberale Verleger das Recht, liberale Gesinnung und Organisationszugehörigkeit und jeder andere Arbeitgeber die gleiche Gesinnung, wie er selbst sie hat, von seinen Arbeitern zu verlangen.

Wie stellen sich nun die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und der christliche graphische Verband im besonderen zu diesen sonst so wütend bekämpften Monopolbestrebungen? O, diese sind gerade die geheimen Schieber einer solchen schlaun Taktik der „christlichen“ Unternehmer. Ja, zum Teil geben sie es offen zu, daß, nach ihrer Ansicht, die katholischen Verleger recht täten, wie es beispielsweise ein Vorstandsmitglied der Christlichen unumwunden in einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern des Buchbinderverbandes in den letzten Tagen zugab. Auf Drängen von christlichen Gewerkschaften, die bei Manz ihre Organe herstellen lassen, ordnete der Aufsichtsrat dieser Aktiengesellschaft, dem der bekannte Zentrumsabgeordnete Dr. Heim angehört, an, daß schon Ende 1910, ausgerechnet gerade zum Weihnachtseilendabend, ein Plakat in der Buchbindereiabteilung ausgehängen werden sollte, des Inhalts:

„**Nur christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen können auf dauernde Beschäftigung rechnen.**“

Nur auf lebhafte Protest hin unterließ der Anschlag dieses Plakats. Der christliche graphische Verband versicherte zwar, daß er im vorliegenden Falle bei den Unternehmern für die Beteiligung des Buchbinderverbandes an dem Tarifabschluß und den bezüglichen Unterhandlungen eingetreten sei, aber was man von solchen „christlichen“ Versicherungen zu halten hat, wird dadurch illustriert, daß et die gemeinsamen Lohnkommission im Stiche ließ, mit den Unternehmern allein verhandelte und den mageren Tarif durch seine Ausschüßigung sanktionieren und beschließen ließ, diesen Tarif der allgemeinen Berufsversammlung zur Annahme zu empfehlen. Das christliche Verbänden mit seinen aus allen möglichen Berufen zusammengesetzten 1500 Mitgliedern wird wahrscheinlich noch stolz über seine Bedeutung sein, als willfährige Hausgarde katholischer Verleger angesehen zu werden. Der Siegestaumel dürfte sich jedoch bald verflüchtigen, denn der Buchbinderverband mit seinen 30 000 Mitgliedern wird ihm und seinen „christlichen“ Protoktoren beweisen, wie er dem Terrorismus solcher Unternehmer wie die Regensburger zu begegnen weiß. Denn der Buchbinderverband kämpft für das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt, wenn er den Angriff jener Regensburger Verleger auf dasselbe zurückschlägt.

M.-Gladbacher Heldentaten.

In Nr. 21 der „Graph. Stimmen“ gibt der Zentralvorsitzende Hornbach vom Graphischen Zentralverbandes seiner Wut Ausbruch über den durch seine spezielle Schuld verloren gegangenen Streik bei der Firma A. Niffarth. Wie die Rage um den heißen Brei, so geht Hornbach, wie wir dies bei dem Herrn ja gewohnt sind, um den Kern der Sache herum und sucht durch allerlei Mäßen den blamablen Eindruck über den tatsächlichen Verlauf des Streiks zu verflüchtigen; das ist erklärlich, da Hornbach eine sehr klägliche Rolle bei der ganzen Sache gespielt hat. Schon eingangs seines Artikels führt Hornbach bewußt unwahre Tatsachen auf, indem Unterzeichneter nicht auch Vorsitzender der hiesigen Buchdrucker ist. Vielmehr gehöre ich schon seit langem dem Vorstande dieser Organisation nicht mehr an. Daß aber dieser Schwindel gemacht wurde, läßt darauf schließen, daß besagter Artikel auf einer gewissen Straße in M.-Gladbach seine Geburtsstätte hat. Wenn ich als Vorsitzender des Gladbacher Kartells die Leitung der organisierten Buchdrucker in die Hand genommen habe, so tue ich damit als freier Gewerkschaftler nur meine Pflicht und Schuldigkeit. Warum dies geschieht, dies scheint Herr Hornbach nicht zu wissen. Warum,

Herr Hornbach, ist ein Nichtbuchbinder Vor-
sitzender der christlichen Zahlstelle in M.-Gladbach?
Begreifen Sie endlich?

Sehr viel Gewicht wird dann darauf gelegt, daß
Schrüder sich in dem Artikel um volle 8 Tage in
Punktloser Anfang des Streits geirrt habe. Sieht denn
Herr Hornbach nicht ein, daß aus dieser Feststellung
klar zu ersehen ist, daß wir tatsächlich nicht wußten,
wann die Goldschmittmacher in den Zustand ge-
treten sind, und daß wir erst vom Hörensagen von
der Sachlage Kenntnis erhielten? Wirklich nicht
aber sind folgende Auslassungen der „Graphischen
Stimmen“: „Wir sind der Ansicht, daß wir in
einem Betriebe, in dem zwei Organisationen vertre-
ten sind, im Falle einer Streitverhängung eine
offizielle Benachrichtigung des Bruderverbandes als
nicht erforderlich erachten, da wir so viel Vertrauen
in die allgemeine Solidarität aller Arbeiter, wenig-
stens aller organisierten Arbeiter,
haben, daß sie unter allen Umständen
im Augenblicke der Streiterklärung
einig und geschlossen zusammenstehen.“
Sehr gut, Herr Hornbach; aber woher kommt es
denn, daß selbst die mit den Streifenden in einem
Arbeitsraum beschäftigten Kollegen von dem Streik
nichts erfuhren, daß nur immerzu ein Ohrenklüpfen
zu sehen war, das speziell unsere frei organisierten
Kollegen nun erst recht nichts gewahr werden ließ?
Dies geht zur Genüge aus dem Munde des christ-
lichen Vorstehenden der Zahlstelle hervor, welcher auf
eine diesbezügliche Vorhaltung erklärte: „Ja, wer
hätte auch daran gedacht, daß die Freien da mit in
Betracht kommen konnten?“ Also um später mit
den eventuellen Erfolgen prunken zu können, hatte
man vor, still für sich zu arbeiten und dann magt
man es noch, von Solidarität und gemeinsamem
Arbeiten zu sprechen. Ja, man scheute sich nicht,
auf die eventuellen Erfolge bei Riffarth hinweisend,
drei junge Mitglieder unseres Verbandes für sich
zu kapern. Während einer Lohnbewegung äußerst
kollegial gehandelt, Herr Hornbach.

Nun zu dem Kollegen Rässinger aus Baden
und der gefüllten Kasse der christlichen Zahl-
stelle zu M.-Gladbach. Herr Hornbach spricht hier-
bei wieder bewußt eine grobe Lüge aus, indem er
den Kollegen als Streifbrecher hinstellt. Rässinger
ist, wie dies die streifenden Schnittmacher bezeugen
können, erst dann eingetreten, als Riffarth R. an
andere Arbeit stellen wollte und die Streifenden
ihre volle Einwilligung dazu gegeben hatten. Dies
weiß Herr Hornbach und es zeugt wahrlich von nicht
viel Auffassungsbereitschaft — richtiger vielleicht von
mangelnder Ehrlichkeit — wenn er jetzt trotzdem die
Abmachung mit R. in seinem Artikel zum Abdruck
bringt, die doch nach vorhergegangener Einwilligung
absolut nicht mehr in Betracht kam. Sollte man das
beim Schreiben des Artikels vor lauter Aufregung
wieder vergessen? Sodann erhielt R. 14 Mk. Unter-
stützung und zwar von einem Kollegen, der dem
Streik sehr fern stand und nur auch deshalb, weil
der betreffende Kollege nicht haben wollte, daß die
Ebbe in der christlichen Kasse schuld daran
sein soll, daß eventuell der Streik verloren ging.
Von diesem Gelde hatte der junge Mann 4 Tage ge-
lebt und hat auch noch circa 4 Mk. für Fahrten nach
Krefeld und Düsseldorf ausgegeben, alles auf Befehl
der Christen. Es mutet einem dann sonderbar an,
wenn unser Bevollmächtigter vom christlichen Vor-
sitzenden ein Schreiben erhält, worin um Rückgabe
der 14 Mk. ersucht wurde, die doch der junge Mann
im eigenen Interesse der Christen erhalten hatte.
Na, unser Verband war nobel und hat dem Wunsch
der christlichen Zahlstelle entsprochen und durch Zu-
rückzahlen des Geldes möglicherweise wieder ein
Loch gestopft. Herr Hornbach sucht die Kassen-
ebbe mit dem Kranksein des Kassierers zu bemän-
keln. Sehr oft ist zu Anfang des Streits Herr
Hornbach, wie er selbst zugibt, in Gladbach gewesen,
aber nie hat er Geld von Köln mitbringen können.
Haben doch die Streifenden selbst bei unserem Kol-
legen Schröder Klage darüber geführt, daß sie nun
bereits 14 Tage im Streik ständen und kein Pfennig
in der Kasse vorhanden sei. Wieder ein Beweis, wie
man dort Streits zu führen versteht.

Neht Tage später als R. traf ein Kollege aus
Grünstadt ein. Schröder war mit demselben beim
christlichen Vorstehenden und machte denselben Vor-
würfe, daß doch die christliche Organisation das
Abziehen zu besorgen hätte. Auch da stellte sich her-
aus, daß der Kassierer noch immer krank
war. Wenn Herr Hornbach meint, wir hätten in
der „Buchbinder-Zeitung“ eher die Sperrenotiz bring-
en sollen, so hätten wir keine Anstöße gehabt, so
beweist dies wieder die Unfähigkeit dieses Herrn.
Er als Streikleiter hätte die Pflicht gehabt, sich da-
von zu überzeugen, ob unserem Verbands auch tat-
sächlich Mitteilung gemacht wurde, da er die hierzu
erforderlichen Adressen doch genau wußte. Aber er
verließ sich auf das Geschwätz anderer. Außerdem

besitzt er doch zweifellos ein Statut unseres Ver-
bandes, aus dem er ersehen konnte (Seite 32), daß
bei uns Sperren nur durch unseren Verbandsvor-
stand verhängt werden.

Jetzt zum offiziellen Streikbruch, wie sich Herr
Hornbach beliebt auszudrücken. „Ja, wer Augen
hat zu sehen, der sehe.“ Man sucht das blama-
blose Stehenbleiben eines christlichen Schnittmachers
noch zu beschönigen, da derselbe doch mit dem Streik
resp. mit den Forderungen nichts zu tun habe, weil
er im Wochenlohn arbeite! Ja, hat denn der Kol-
lege die ganze Zeit auf einem beschwiegene Orte
gehockt oder hat er Schritte gemacht, um die es Herrn
Riffarth doch zu tun war? Also, wer trägt die
Schuld? Nur wieder Herr Hornbach, da mit
seinem Wissen und Willen der Kollege
vom christlichen Verbands Kausreifer
dienste leistete. Hingzu kommt noch das Beste,
nämlich, daß er wußte, daß bei der Firma
Mahe Streitarbeit für Riffarth ge-
macht wurde. Aber auch hiergegen hat Horn-
bach keine Hand gerührt! Daß nach diesen Tatsachen
von einem ernstlichen Lohnkampf nicht mehr geredet
werden konnte, sondern das Ganze als frivoles
Wachwerk betrachtet werden muß, ist wohl er-
klärlich.

Herr Hornbach spricht in seinem Artikel auch
von Solidarität und geschlossenem Zusammengehen.
Schämt er sich denn nicht, so etwas zu schreiben?
Haben wir Herrn Hornbach nicht an-
gehoben, um seinen Schnittmachern
zum Siege zu verhelfen, alle unsere
Leute aus dem Betriebe herauszu-
ziehen, wenn das gleiche die Christ-
lichen täten? Aber nur ein Achselzucken war
die Antwort, denn er traute seinen eigenen
Leuten nicht, wie er sich selbst ausdrückte. Unser
Kollege F. aus Leipzig konnte mit Recht erklären,
daß die Christen erst ihren Kausreifer aus dem Be-
triebe nehmen müssen, dann werde er schon wissen,
was er zu tun habe. Kollege Groenhoff und
Schröder hielten dies Hornbach vor, aber hier wieder
die Antwort: Das geht nicht!

Also, wer hat den Zusammenbruch des Streits
herbeigeführt? Nicht unsere Leute, sondern die
Christlichen tragen selbst die Schuld. Unsere Ver-
bandsleitung hatte sich alle Mühe gegeben, die
Schnittmacher wieder hereinzubringen, was auch von
den Streifenden voll und ganz anerkannt wurde.
Herr Riffarth wollte auch alles bewilligen und bis
auf einen alle einstellen. Auch hier bewies Hornbach
seine Unfähigkeit, denn anstatt diesen einen Mann
zu opfern, der, wie er genau wußte, niemals wieder
eingestellt wurde, wie Herr Riffarth sagte, aus per-
sönlicher Abneigung, benutzte er seinen Einfluß nicht
und die Folge war, daß Herr Riffarth erklärte, er
stelle die Leute nun nicht mehr ein. Hätte Horn-
bach also mit Takt und Ueberlegung operiert, so
wäre der Sieg auf Seiten der Christen gewesen —
durch unser Mitwirken.

Jetzt zum Schluß des Hornbachschen Artikels,
wo er nach christlicher Manier mit Lumpen, sogar
mit niederträchtigen Lumpen, herum-
wirft. Herr Hornbach scheint mit dieser Art
Leichter schon sehr viel Umgang gehabt zu haben, daß
er damit — auf andere schließt. Herr Riffarth soll
ihn ermächtigt haben, davon Gebrauch zu machen,
daß diejenigen niederträchtigen Lumpen seien, die ge-
sagt hätten, er wolle nicht mehr mit Herrn Horn-
bach verhandeln. Wir erklären hiermit, daß Herr
Riffarth bei der Verhandlung erklärte, nachdem wir
ihm gesagt hatten, es wäre Sache Hornbachs, mit
ihm zu verhandeln: „Mit diesem Hornbach
verhandele ich nicht mehr, dieser
Mensch ist mir nicht offen und ehrlich
genug, ich will nichts mehr mit ihm zu
schaffen haben. Ein Mensch, der zum
„katholischen Volksverein“ läuft und
dort veranlassen will, daß man mir die
Arbeit sperrt, mit dem kann ich nicht
mehr verhandeln.“ Dies haben wir den Strei-
fenden und auch Herrn Hornbach, damit die Sache
nicht so leicht genommen wurde, brühwarm mitge-
teilt. Und wie kommt Hornbach jetzt dazu mitzu-
teilen, Herr Riffarth hätte gesagt, das wäre ge-
logen? Man hat Herrn Riffarth zu diesem Ausspruch
getrieben durch eine nichtswürdige Verdrehung der
Tatsachen. — Hornbach hat Herrn Riffarth die Frage
vorgelegt, ob er gefagt hätte, er wolle ihn durch sein
Personal hinausgeschmeißen lassen. Da hat Herr Rif-
farth die oben bezeichneten Worte gebraucht. Also
nicht hat Hornbach gefragt, warum er nicht
mehr mit ihm verhandeln wolle, sondern
man hat echt jesuitisch Herrn Riffarth eine Falle
gestellt, um die Antwort zu erhalten, die dann ja
kommen mußte und die man so nötig gebrauchte.
Es eckelt einem an, mit solchen Leuten sich herun-
terschlagen zu müssen. Die ganze Bekennerschaft tritt
sich besonders zutage, daß Hornbach selbst zugab, als ihm

von den Riffarth'schen Worten nach der Verhandlung
Kenntnis gegeben wurde: O, das ist nicht so schlimm
gemeint, das hat er mir persönlich schon selbst gesagt.
Und das ist richtig, denn unser Kollege Müller war
zwecks Abchlusses eines Tarifes für die Figureisten
bei Riffarth mit dem Chef der Firma am Verhandeln,
als jemand Herrn Hornbach meldete, worauf prompt
von Seiten des Herrn Riffarth die Antwort erfolgte:
„Was will der noch, mit dem bin ich fertig.“ Seine
Getreuen bezeugen, daß Hornbach sodann Herrn Rif-
farth auf der Straße nachgelaufen ist, um nochmals
sein Heil zu versuchen. Kommentar überflüssig.

S. Schröder.

Arbeiterinnen-Agitation im Gau 6/7.

Im Gau 6/7 wurde eine Agitationstour unter-
nommen, um vor allen Dingen unsere unorganisierten
Kolleginnen dem Verbands zuzuführen. Leider waren
dieselben in den meisten Orten nicht in den Versammlun-
gen erschienen, und hatte die Tour nur insofern
Erfolg, als überall die Anwesenden versprochen haben,
sich mehr wie bisher am Verbandsleben zu beteiligen.
Das Meistert war in allen Versammlungen das
gleiche: „Die Frau im gewerblichen Leben.“ Einlei-
tend wurden darin die verschiedenen oft recht schweren
Berufe gestreift, zu denen die Frauen herangezogen
werden und die sich ständig mehren, so daß die Zahl
der Arbeiterinnen in den meisten Berufen und auch
speziell in unserem in so enormer Weise gestiegen ist.
Da sei es recht bedauerlich, daß die Arbeiterinnen
bisher noch nicht alle in den Weg zur Organisation ge-
funden haben, wie es in ihrem eigenen Interesse not-
wendig wäre, und daß sie deshalb auch nicht den
genügenden Einfluß auf die Festsetzung der Löhne
haben. Das Organisationsverhältnis in unserem Be-
ruf wurde gestreift, ferner unsere Tarifabmachungen
und wie dadurch in verschiedenen Städten stabile Ver-
hältnisse eingetreten sind. Unsere Unterstützung-
einrichtungen wurden den Anwesenden vor Augen ge-
führt und gezeigt, wie diese mit dem Wachsen der
Organisation gestiegen sind, und daß alles nur durch
festen Zusammenhalt erreicht worden ist. Auch das
Märchen, an das viele junge Mädchen noch immer
glauben, daß sie doch bald heiraten und dann die
Organisation nicht mehr brauchen, wurde gründlich
widerlegt. Bei den jetzigen schlechten wirtschaftlichen
Verhältnissen muß doch der größte Teil der Frauen
wieder zum Beruf greifen, um dem Mann den
Kampf ums tägliche Brot zu erleichtern. Deshalb
darf die Arbeiterin sich nicht durch den Gedanken an
eine spätere Heirat davon abhalten lassen, der Or-
ganisation beizutreten, sondern sie muß sich bewußt
werden, daß die Organisation das einzige Mittel ist,
ihre in den meisten Fällen recht traurige Lage zu
bessern.

Wie traurig die Lage unserer Kolleginnen in
manchen Orten noch ist, wurde durch die erste Ver-
sammlung bewiesen, welche am 9. Oktober in
Bremen einberufen war zu dem Zwecke, unseren
Kolleginnen eine Feuerungszulage zu verschaffen, da
sie beim letzten Tarifabschluss noch nicht organisiert
waren und deshalb auch keine Lohnforderungen ge-
stellt hatten. Es waren leider Unorganisierte nicht
betraten, trotzdem in Bremen noch Löhne für Ar-
beiterinnen von 6, 8 und 12,50 Mk. vorherrschen.
Dieser letzte Lohn ist sogar Maximallohn. Der Ver-
sammlungsbesuch war gegen früher ein guter. Es ist
das wohl ein Zeichen dafür, daß auch die Kolleginnen
in Bremen endlich aufwachen und erkennen, daß sie
ihre traurige Lage nur durch die Organisation bessern
können und zu diesem Zwecke fleißig agitieren müssen.
Wenn sie dies tun, werden unsere Kolleginnen in
Bremen auch bei der nächsten Tarifrevision Forde-
rungen stellen können. Die Diskussion bewegte sich
im Sinne des Meisterts.

In Oldenburg sah es noch trauriger aus,
denn hier war es nicht einmal den Kollegen gelungen,
für sich tarifliche Verhältnisse zu schaffen, geschweige
denn den Kolleginnen. Es besteht hier noch zum
größten Teil die 9/2- bis 10stündige Arbeitszeit, und
Lohn bekommen manche Kollegen noch unter 20 Mk.
Die Kolleginnen erhalten 7 bis 13 Mk. Der Durch-
schnittslohn beträgt 10,50 Mk. Dabei sind die Lebens-
verhältnisse hier genau so teuer wie in anderen
Städten. Der Organisierung der Kolleginnen wird
in Oldenburg noch zu wenig Beachtung geschenkt.
Die Kollegen bilden sich vielfach ein, sie brauchen die
Arbeiterinnen nicht und geben das in ungeschö-
nen Worten von sich und stoßen die Kolleginnen dadurch
direkt ab. Waren doch im vorigen Quartal schon
6 Kolleginnen organisiert, jetzt ist es nur noch eine.
Die beiden anwesenden Kolleginnen haben mir ver-
sprochen, dem Verbands wieder beizutreten und auch
die anderen Kolleginnen dazu zu veranlassen. Zur
Diskussion meldete sich niemand, wohl ein Beweis,
daß die Kollegen mit ihrer glänzenden Lage zufrieden
sind. Zum Schluß warnte noch der Vorsitzende des
Schneiderverbandes, der zufällig anwesend war, vor
ihrer Ungläubigkeit und betonte, wenn sie in
Zukunft etwas in Oldenburg erreichen wollen, die

Arbeiterinnen mit zur Organisierung herangezogen werden müssen.

In Lübeck war es erfreulicherweise besser. Vor allen Dingen waren die Arbeiterinnen stark betreten und konnten in der Versammlung sieben weitere Maßnahmen gemacht werden. Hier konnte man so recht sehen, daß die Mühe auch belohnt wird und der Erfolg auch ein guter ist, wenn es den Kollegen ernst ist mit der Organisierung der Arbeiterinnen und ein jeder Kollege seine Pflicht erfüllt. Zu Lübeck handelte es sich hauptsächlich darum, die Löhne für unsere Kolleginnen mit in den Tarif aufzunehmen. Es war dies im vorigen Jahre nicht geschehen, weil die Kolleginnen leider noch nicht so zahlreich organisiert waren, wie es erfreulicherweise in diesem Jahre der Fall ist. So muß das Veräuferte nachgeholt werden. Da ist nicht nur notwendig, treue Mitglieder des Verbandes zu bleiben, sondern auch dafür muß gesorgt werden, daß eine jede Kollegin, die heute noch nicht organisiert ist, dem Verbandszugeführt wird, damit auch für diese bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden. Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne.

Kiel zeigte in bezug auf die Kolleginnen dasselbe Bild wie Lübeck. Anwesend waren 20 Kollegen und 5 Kolleginnen, letztere nicht organisiert. Sie waren auch nicht dazu zu bewegen, angeblich, weil der Kollege, der sie zur Versammlung eingeladen hatte, selbst nicht erschienen war, trotzdem er Verbandsmitglied ist. Sie glaubten ohne seinen Willen nicht eintreten zu dürfen und glaubten ferner ihre Stellung dadurch zu verlieren, da der betreffende Kollege ihr eigener Vorkämpfer ist. Sie gaben allerdings das Versprechen, sich die Sache ernstlich zu überlegen und doch einzutreten. Der Vorstand der Zahlstelle wird alles daransetzen, um die Kolleginnen an das Versprechen zu erinnern, damit auch in Kiel einmal für unsere Kolleginnen stabile Verhältnisse geschaffen werden und dieselben es nicht nötig haben, nach kurzer Zeit den Beruf zu wechseln, trotzdem in den anderen Berufen die Verhältnisse für die Arbeiterinnen genau so schlecht sind wie bei uns.

Die Hamburger Kollegen und Kolleginnen wollten wohl nicht als Muffler gelten, hatten deshalb dafür Sorge getragen, daß die Versammlung ebenfalls schlecht besucht war. Wenn es die Hamburger Kollegen und Kolleginnen auch verstanden haben, sich einigermaßen annehmbare Löhne zu verschaffen, so sorgen auf der anderen Seite die Unternehmer schon dafür, daß ihnen die Räume nicht in den Himmel wachsen. So wird in vielen Betrieben versucht, Arbeiten, die nach unserem Dreistädte-Tarif als Hilfsarbeiten gelten, von Kolleginnen besetzen zu lassen, und zwar in Lohn, und werden die betreffenden Kolleginnen nur nach den Tariffüssen der Arbeiterinnen entlohnt. Daß dadurch die Zahl der arbeitslosen Kollegen in die Höhe gehen wird, ist klar. Noch klarer müßte den Kollegen allerdings sein, daß nicht nur sie selbst in Hamburg, sondern die ganze Kollegenenschaft stark geschädigt wird, wenn sie derartige ruhig gestatten. Die Schuld an solchen Verhältnissen tragen zum Teil die Kollegen selbst, da sie nicht immer gleich darauf achten, wenn den Kolleginnen derartige Arbeiten zugewiesen werden; ja, manchmal sind die Kollegen sogar zufrieden damit, weil sie die Arbeiter nicht gerne machen. Hoffentlich hat die Versammlung den anwesenden Kollegen und Kolleginnen gezeigt, welche Fehler sie bis jetzt begangen haben. Durch einstimmige Annahme der Resolution haben sie ja auch bewiesen, daß sie gewillt sind, die unhaltbaren Zustände, die in Hamburg Platz gegriffen haben, wieder aus der Welt zu schaffen. Die Resolution lautet:

„Die Versammlung erkennt das schädigende Uebergreifen der Frauenarbeit in denjenigen Gebieten unseres Berufes, die im Dreistädte-Tarif als Männerarbeit bezeichnet sind, als eine Verletzung unseres Tarifes an. Der Vorstand wird beauftragt, Schritte zu unternehmen, um diesen tarifwidrigen Zustand zu beseitigen. Um das zu ermöglichen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, den Vorstand soviel wie möglich zu unterstützen; vor allen Dingen Mitteilung zu machen, welche und in wie hohem Maße Arbeiten von Frauen angefertigt werden, die als Männerarbeiten zu bezeichnen sind. Pflicht einer jeden Kollegin ist es vor allen Dingen, die Männerarbeiten schon im Interesse ihrer Gesundheit zu verweigern.“

Die Versammlung in Altona-Ottensen war am schlechtesten besucht. Vielleicht deshalb, weil der Sonnabend für die Frauen der ungeeignetste Versammlungstag ist, da sie ja an dem Tage meist alle in der eigenen Wirtschaft zu tun haben. Auch müssen Einkäufe für den anderen Tag gemacht werden, da der Sonnabend gemeint noch der Lohnzahlungstag ist. Von einem Referat wurde hier ganz abgesehen und nur ein kurzer Ueberblick gegeben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden noch auf, sich in Zukunft reger wie bisher am Verbandsleben zu beteiligen. Hoffen wir auch hier, daß die Worte nicht ungehört an unseren Kollegen und Kolleginnen vorübergegangen sind, dann werden sie auch in Ottensen

das in Zukunft erreichen, was ihnen die Gegenwart vermag: bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nun ist zu erwarten, daß die Agitationsstour angewandt auf die Mitglieder des Gaus 6/7 eingewirkt hat, und daß sie darum, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt von Nutzen für den Verband sein wird.

Berlin.

M. R.

Die Lohnkämpfe in der Berliner Album-, Klappen- und Galanteriewarenindustrie. (Schluß.)

Das Gegenstück zu dem Streik bei der Firma Loeper u. Kuhnke war die Aussperrung der Mitglieder unseres Verbandes bei der Firma C. Lochbaum (Photographenfabrik (Inhaber Robert Lochbaum). Obwohl die Firma Mitglied der Arbeitgebervereinigung ist, suchte sie sich doch um die Erfüllung ihrer Vertragspflichten herumzubrüden. Seit Wochen warteten die Kollegen und Kolleginnen auf die ihnen nach dem Tarifvertrage zustehende Lohnzulage. Am 12. August wurden sie darum erneut vorfällig und verbateten sich ein weiteres Aufschieben der Regelung dieser Angelegenheit. Am Abend wurden sie daraufhin sämtlich (15 an der Zahl) entlassen. Die Verbandsleitung rief nun die Schlichtungskommission an, und diese hatte sich nun mit der Aussperrung zu beschäftigen. Doch ließ sie die nötige Parität in der Behandlung der Vertragsparteien vermissen. In diesem Falle ließ sie sich nämlich erheblich mehr Zeit in der Erledigung ihrer Aufgaben, als wir es vom Streik bei der Firma Loeper u. Kuhnke her gewöhnt waren. Erst zehn Tage nach der Klagerhebung fand der erste Termin statt. Die Firma Lochbaum wurde zunächst beurteilt, die Aussperrten ausnahmslos wieder einzustellen, und zwar an ihre umegehabten Arbeitsplätze bei ihrer bisherigen Beschäftigung zu tariflichen Löhnen. Die Verhandlung über die Lohn- und Entschädigungsforderungen fiel der Vertagung anheim, weil die Schlichtungskommission eine Beweisaufnahme für erforderlich erachtete. Damit war dem Kampfe, in dem Herr Lochbaum die Berliner Schuhmannschaft in fast gleicher Stärke wie die Aussperrten gegen diese aufzubieten verstanden hatte, ein Ziel gesetzt. Als Arbeitswillige betätigten sich außer der Directrice Frau Hedwig Haase auch eines unserer Mitglieder, Frau Elise Nothermann, die vordem die eifrigste Kämpferin zum Kampfe gewesen ist und den Ausbruch desselben kaum erwarten konnte, sowie die Arbeiterin Gertrud Nieß und der Arbeiter Alexander Cieslowski.

In den späteren Terminen vor der Schlichtungskommission erkannte die Firma Lochbaum die Forderung auf Nachzahlung der in der Zeit vom 1. Juli bis 12. August zu wenig gezahlten Lohnbeträge in einer Gesamtsumme von 106,14 Mk. an, und von den Aussperrten wurden neun seitens der Schlichtungskommission als gemäßigter anerkannt, während bei den anderen sechs die Maßregelung verneint wurde. Das Verfahren vor den Tarifinstanzen ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Wir werden später eingehend darüber berichten.

Inzwischen waren die bei dem Photographenfabrikanten Heinrich Lochbaum (Bruder des Obigen) beschäftigten Kolleginnen sämtlich dem Verband beigetreten. Das war insofern sehr erfreulich, als uns bei den Tarifverhandlungen wiederholt von den Arbeitgebern der Mangel an Einfluß auf diesen Betrieb vorgehalten worden ist, in dem in der Tat insbesondere den älteren Arbeiterinnen recht bescheidene Löhne gezahlt wurden. Der kaum gewonnene Einfluß wurde denn auch in diesem Falle schneller als sonst ausgenutzt. Die Verbandsvertreter, die mit den Unterhandlungen zwecks Anerkennung des Tarifes betraut wurden, ließen aber hier nicht schlafen an. Herr Lochbaum, der in denselben „herumlungernde und arbeitsscheue Buchbinder-Gesellen“ sah, empfahl ihnen als nützlichere Beschäftigung, sie sollten sich wieder die Schürze umbinden und arbeiten gehen, und ihm nicht seine Leute verheizen, die stets zufrieden bei ihm gewesen sind. Auf Verhandlungen ließ sich Herr Lochbaum gar nicht ein, sondern wies die Verbandsvertreter kurzerhand mit barschen Worten zur Tür hinaus. Noch ehe die Verbandsleitung sich über die zu treffenden Maßnahmen schlüssig werden konnte, ist ihr Herr Lochbaum zugekommen. Am 2. September bei der Lohnauszahlung fragte er jede Kollegin, ob sie dem Verbandszugehöre und, nachdem das bejaht wurde, sie weiter gefragt, ob sie auf den Tariflohn verzichte oder die Wucher (Entlassung) haben will. Die Kolleginnen entschieden sich erfreulicherweise ausnahmslos für das letztere. Herr Lochbaum hatte sich von seinem Coup zweifellos eine andere Wirkung versprochen. Er glaubte, die Kolleginnen einschüchtern und sie der Organisation wieder entfremden zu können. Um so größer war

die Enttäuschung. Als es nach achttägiger Dauer dieses den Kolleginnen aufgezwungenen Kampfes durch die Vermittlung des Gruppenführers der Arbeitgeber zu Verhandlungen kam, war Herr Lochbaum kaum wiederzuerkennen. Er zeigte nun, daß er auch gegenüber Arbeitervertretern außerordentlich freundlich sein kann, und wir können wohl hoffen, daß diese freundlichen Beziehungen nun über die Vertragsdauer hinaus anhalten werden. Herr Lochbaum erkannte nunmehr den Tarif an; nur bei einem Teile der Kollegen, deren effektive Löhne doch allzu stark mit dem Tariflohn differierten, wurde insofern eine Ausnahme vom Tarif zugestanden, als die Lohnaufbesserungen in zwei Raten, und zwar die erste sofort, die andere am 1. Januar erfolgen sollen. Am 18. September wurde alsdann die Arbeit wieder aufgenommen.

Von erheblich längerer Dauer sollte jedoch der ebenfalls am 2. September ausgebrochene Streik bei der Firma Georg Weigert, Albumfabrik, sein. Die Firma gehört dem Arbeitgeberverbande nicht an und lehnte auch die Anerkennung des Tarifes ab. Zwar erklärte sie sich bereit, ihre Arbeiter nach den Bestimmungen desselben zu entlohnen; doch da schon bei früheren Gelegenheiten dasselbe Versprechen gegeben, aber leider nicht gehalten worden ist, bestanden diesmal die Kollegen und Kolleginnen auf der formellen Anerkennung des Tarifes, durch die allein sie ein klagbares Recht gegen Tarifverstöße bekommen konnten. Monatlang hatten sich die immer wieder aufgenommenen Verhandlungen mit der Firma hingezogen, um dann schließlich doch ohne Erfolg zu enden. Obwohl der Streik schon am Anfang August beschlossen war, so kam er doch erst vier Wochen später zur Ausführung, da die Kollegen-schaft im Betriebe immer noch die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang der Sache nicht aufgegeben hatte. Doch auch ihre schließlich die Geduld, zumal da die Firma sich mit der versprochenen Regelung der Löhne in einigen Abteilungen immer noch Zeit ließ. Sämtliche 54 Kollegen und Kolleginnen verließen einmütig den Betrieb. Zunächst bemühte sich die Firma um Ersatzkräfte für die Streikenden überhaupt nicht; ja, sie gab sogar dem zweiten Werkführer Ferien. Jedenfalls glaubte die Firma, der Streik wird in wenigen Tagen wieder vorüber sein. Doch schon am Ende der zweiten Streikwoche änderte sich das. In dem Bewußtsein, daß sie doch keinen Arbeiter in die Werkstatt bekommen wird, inserierte sie jetzt ununterbrochen nach Heimarbeitern. Später verlangte sie durch die auf dem linken fortschrittlichen Flügel stehende und auch in Arbeiterkreisen viel geliebte „Berliner Volkszeitung“ unorganisierte Albumarbeiter und -arbeiterinnen. Der Erfolg war aber ein sehr magerer, und die Firma entschloß sich nun, die Streikenden selbst zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Solidarität der kämpfenden Kollegen und Kolleginnen erwies sich aber auch gegenüber diesen Bemühungen stark genug. Die Streikenden selbst waren gut auf dem Posten und ließen sich durch die in letzter Zeit gegen sie gerichteten polizeilichen Schikanierungen von der Erfüllung ihrer Pflichten nicht abhalten. Selbst die Streikarbeit im Auto wurde von den Kollegen trotz der Kreuz- und Quersfahrten durch Berlin verfolgt. Alle Rist der Firma half ihr nichts, stets konnte ermittelt werden, wohin die Streikarbeit gegangen und wer die Herstellung übernommen hatte.

Hierin tat sich der Buchbinder Otto Saur besonders hervor. Obwohl er bei Tage seine Beschäftigung hatte, übernahm er noch die Herstellung der Streikarbeit und so wurde denn vom Abend bis zum hellen Morgen in der eigenen Klausur darauf losgepackt. Saur ist unseren Kollegen in der Branche nicht unbekannt. Da es mit seiner Kunst nicht allzu weit her ist, so gab er allerdings nur in Zeiten der Hochsaison hier und da eine kurze Gastrolle. Den Segen des Streikbruchs hat Saur bereits erhalten. Seine bisher umegehabte Stelle konnte er nicht halten. Die Firma Weigert nahm nun seine volle Arbeitskraft an. Nach dem Streik hatten unsere Kollegen Gelegenheit, die Erzeugnisse Saur's zu bemuttern. Einen erheblichen Teil derselben wird die Firma in dauerndem Besitz behalten. Das hinderte jedoch die Firma nicht, Herrn Saur nach dem Streik zum Werkführer der Kleeerei zu machen. Gegenleistung muß sein! Auch der zweite Werkführer Felix Kuntzschke, der noch nicht allzulange vorher der Arbeiterorganisation angehört hatte, spielte eine traurige Rolle. Nach beendetem Tagewerk in der Fabrik betätigte er sich auch noch als Heimarbeiter für die bestreikte Firma. Nicht genug damit! Er hielt noch manches mit seiner „Wur“ für verbindlich. So übernahm er es, einige arbeitswillige Mädchen, die die Firma doch noch gefunden hatte, vor jeder Verbindung mit den Streikenden zu schützen und sie sicher nach Hause zu geleiten. Doch genug davon!

Von dem Streik war auch der Arbeitgeberorganisation Kenntnis gegeben worden, und durch die Vermittlung des Gruppenleiters kam es auch am Ende

der vierten Streikwoche zu einer Verhandlung zwischen der Firma Weigert und den Organisationsleitungen, die jedoch ergebnislos waren. Im übrigen verhielt sich die Arbeitgeberorganisation aber sehr passiv. Ja, sie duldet sogar, daß mehrere ihrer Mitglieder für die bestrafte Firma Waren lieferten. Das steht aber im Widerspruch mit der Bestimmung des Tarifes, wonach auch die Arbeitgeberorganisation für die allgemeine Durchführung des Tarifes einzutreten hat. Durch solche Warenlieferungen in Zeiten des Streiks aber wird der allgemeinen Durchführung des Tarifes gerade entgegengehandelt. Das konnten wir uns nicht gefallen lassen. Auf unsere Beschwerde beim Vorstand der Arbeitgebervereinigung kam es zu einer Sitzung der beiderseitigen Vorstände. Unser Verlangen auf Einstellung der Warenlieferungen fand einigen Widerstand. Ja, einer der Arbeitgeber glaubte sogar hierin eine „maßlose Unbescheidenheit“ erblicken zu müssen. Es wurde jedoch den Arbeitgebern nicht der geringste Zweifel darüber gelassen, daß sich unsere Kollegen in den anderen Betrieben, die solche Warenlieferungen ausführen, sich nicht gegen ihre streikenden Kollegen verwenden lassen werden. Es gewann auch bald die vernünftigerer Einsicht unter den Arbeitgebern die Oberhand und die Schlichter unter ihnen blühten mit ihrer Ansicht ab. Man einigte sich dahin, daß zunächst die Arbeitgeberorganisation bei der bestrafte Firma einen Vermittlungsversuch unternehmen soll und wenn der fehlschlägt, sollte in einer weiteren Sitzung über die Anträge unserer Vertreter verhandelt und beschlossen werden. Der Vermittlungsversuch der Arbeitgeber hatte den Erfolg, daß die Firma Weigert den Tarifvertrag vollständig anerkannte. Bei eventuellen Streitfällen können nunmehr die Kollegen sich ihr Recht bei der Schlichtungskommission suchen. Damit war der Kampf zugunsten der Kollegenschaft entschieden. Es wurde vereinbart, daß die Arbeit am Montag, den 9. Oktober, wieder aufgenommen wird. Doch so ganz wollte die Firma nicht als Besiegte gelten. Ihr Nachdruck forberte einige Opfer. Zwei Kollegen wurden von der Wiedereinstellung ausgeschlossen; sie sollten sich während des Streiks Tätlichkeiten zuschulden haben kommen lassen. Das ist aber unzutreffend. Hier wird die Firma ein Opfer falscher Informationen geworden sein. Wichtig ist, daß diese beiden Kollegen die Maßnahmen der Firma mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und so zum Gelingen des Streiks sehr viel beigetragen haben. Die beiden Kollegen verzichteten auch gern darauf, die „geistlichen“ Räume der Firma wieder zu betreten und empfahlen selbst den Ausständigen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Mit diesem Streik kann nunmehr die Lohnbewegung in der Album-, Wappen- und Galanteriebranche als abgeschlossen betrachtet werden. Dem Tarife ist allenthalben in der ganzen Branche Geltung verschafft und die letzten Schwierigkeiten sind überwunden. Mit dem Erfolge der Bewegung, der sich bis jetzt in Zahlen noch nicht ausdrücken läßt, können wir zufrieden sein. Er war aber auch nur möglich, weil die Kollegenschaft dieser Branche sich endlich frei gemacht hat von allen patriarchalischen Gefühlen und, gestützt auf die Überzeugung, daß nur durch die Solidarität der Arbeiterklasse, nur durch eigene Kraft Vorteile zu erringen sind, entschlossen war, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen. Nur ein Teil der Truppen hat an den eigentlichen Kämpfen teilgenommen. Aber wo es sein mußte, geschah es in völliger Einmütigkeit und Geschlossenheit. Selbst die alten 60-70jährigen Veteranen der Arbeit, die 25, 30 Jahre und noch länger bei einem und demselben Unternehmer gefrondet hatten, ließen es sich nehmen, sich an den Kämpfen zu beteiligen und Schulter an Schulter mit ihren jüngeren Mitarbeitern für die Durchführung des Tarifvertrages einzutreten. Eine solche Kampferfahrung berechtigt uns zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft.

Internationales.

Oesterreich. Wie die „Buchbinderei- und Kartonnagen-Zeitung“ berichtet, ist der Streik der Wiener Etuisarbeiter mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Vereinbart wurde eine neunstündige Arbeitszeit; am Sonnabend wird 7 1/2 Stunden gearbeitet. In Jahresfrist tritt eine weitere Verkürzung von einer halben Stunde ein. Die jetzigen Löhne werden sofort um 7% am 1. 3. 1912 um weitere 3% erhöht und der Minimallohn für Ausgelernte auf 20 Kr. festgesetzt. Die Feiertage werden bezahlt. Eventuelle Arbeit an Feiertagen wird extra bezahlt. Ueberstunden werden mit 25 resp. 50 resp. 100% — je nach Dauer — höher bezahlt. Zur Austragung event. Streitigkeiten wird ein Schiedsgericht gebildet. Der Tarif gilt 4 Jahre.

Aus unserem Beruf.

Herr Paul Kersten.

In der Notiz der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“: „Zinnungszöpfe gegen einen Staatsbetrieb“, ist ein unliebsamer Fehler enthalten, indem dort gesagt wird, daß erst acht Tage nach dem Besuche der königlichen Bibliothek durch Herrn Kersten die „Buchbinder-Zeitung“ von diesem Besuch erfahren habe. Es muß hier, wie unsere Leser schon selbst berichtet haben werden, heißen: Buchbinder-Zinnung.

Dieser vorstehend richtiggestellte Fehler von untergeordneter Bedeutung ist Herrn Kersten Grund genug, uns wiederum — wir nehmen an, aus wohlverstandem Reklamebedürfnis — mit einer prägnanten Berichtigung zu beglücken. Obgleich Herr Kersten erst in unserer letzten Nummer seine Unkenntnis des ominösen Berichtigungsparagrafen attestiert erhielt, stützt er sich wiederum auf diesen. Ein solches Gebaren ist natürlich recht überflüssig, da wir Irrtümer auch ohne dies Zwangsmittel gern richtig stellen. Wenn wir uns heute nochmals mit der ehrenwerten Person des Herrn P. Kersten beschäftigen, kann hat er dies selbst durch seine Annahme verschuldet, wenn man das Verhalten dieses Mannes noch mit diesem milden Ausdruck belegen kann. Unsere Kollegenschaft mag selbst urteilen: Herr Paul Kersten unterzeichnet das Begleitschreiben zu oben erwähnter „Berichtigung“ wie folgt:

„Ich zeichne in meiner Eigenschaft als Fachschriftsteller

Achtungsvoll

P. Kersten, Zeichner und Kunstbuchbinder; Lehrer der von der königlichen Regierung errichteten „Kunstklasse“ der Berliner Buchbinder-Fachschule; Fachschriftsteller für das Buch- und Papiergewerbe; Buntpapierrechner; Mitarbeiter des Allgem. Anzeiger für Buchbinderei; des Journal für Buchbinderei; Archiv für Buchbinderei; Papierzeitung; Schweizerische Buchbinder-Zeitung; Holländische Fachzeitung „Magnum“; Archiv für Buchgewerbe; Deutscher Buch- und Steinbruder; Presse-Buch-Papier; Kunstgewerbeblatt; Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder (P. Unrath); Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe; Zeitschrift für Bücherfreunde u. a. Verfasser von: Der exakte Buchbinder; Die Buchbinderei und das Zeichnen des Buchbinders für Fortbildungsschulen dargestellt; Moderne Entwürfe für künstlerische Gesangsverbände; Moderne Entwürfe für Verlagssteindrucke und -nebenbei: Schriftsteller des „Deutschen Wintersport“, Amtliches Organ des „Deutschen Eislauf-Verbandes“.

Ans wurde mitgeteilt, daß der hier zum Ausdruck gekommene Größenwahn ganz der Person des Herrn Kersten entspräche. Das erscheint uns recht wachsfcheinlich, denn Herr Kersten nimmt z. B. für sich das Recht in Anspruch, auch in seine Briefe eine gewisse „künstlerische“ Note hineinzulegen, die man bei gewöhnlichen Sterblichen allerdings nicht als anständig bezeichnet, während ein Schullehrer seinem 10jährigen Schüler eine „fühlbare“ Anerkennung für solche Schmeichelei zuteil werden ließe. — Um das in unserer Nr. 40 kritisierte Urteil des Herrn Kersten über den Buchbindereibetrieb der königlichen Bibliothek recht würdigen zu können, teilt die Zeitschrift des Werkmeisterverbandes mit, daß die Berichtigung nur eine halbe Stunde gebauert hat, und daß in dieser Zeit auch noch Einblick in den Haushaltsplan der Buchbinderei genommen wurde, wohl Beweis genug für die Gründlichkeit des Kersten'schen Urteils.

Organisationen der Unternehmer.

Die gemischte Zinnung für das Sattler-, Seiler-, Tapezierer- und Buchbinder-gewerbe in Demmin hat beschlossen, sich in eine Zwangszinnung umzuwandeln.

Mit eine Etuisarbeiter-Konferenz notwendig?

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine Branchenversammlung der Etuisarbeiter und Arbeiterinnen Berlins am 16. Oktober. Im einleitenden Referat, welches der Branchenleiter übernommen hatte, schilderte dieser zunächst die Lage der Etuisarbeiter-schaft vor 1900, d. h. den Zeitpunkt, wo eine Organisation noch nicht Fuß gefaßt hatte. Dann kamen 1900 die Kollegen zur Einsicht, daß es notwendig sei, sich zusammen zu schließen; daselbe Jahr brachte die Lohnbewegung mit dem Erfolge, daß die neunstündige tägliche Arbeitszeit zu denselben Löhnen wie bei zehnstündiger Arbeitszeit eingeführt wurde. Weiter verglich Redner die Organisations- und Lohnverhältnisse von vor 1904, dem Jahre, in welchem die Etuisarbeiterkonferenz in Gera tagte, mit den heutigen. Im Jahre 1904 waren in Berlin der niedrigste Lohn 16,20 Mk., der höchste 31,50 Mk., der Durchschnittslohn betrug 25 Mk. Nach der Bewegung 1910 jedoch war ein Minimallohn von 20,68 Mk. erreicht, für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehrzeit

ein Lohn von 23,85 Mk. Der höchste Lohn betrug 37,60 Mk. Ein Durchschnitt von 31 Mk. wurde erreicht, und zwar bei 5 1/2stündiger Arbeitszeit. Redner kam zu der Schlussfolgerung, daß die Konferenz in Gera nicht zwecklos für die Etuisarbeiter-schaft war. Weiter ist zu beachten, daß in etwa 12 Orten Tarife oder Abmachungen mit den Fabrikanten der Etuis-industrie abgeschlossen sind. Auch die Organisationsverhältnisse haben sich nach der Geraer Konferenz bedeutend gehoben, während im Jahre 1904 von etwa 1500 Etuisarbeitern 350 organisiert waren, ist die Zahl der Organisierten im Jahre 1910 auf 1498 angewachsen, bei etwas über 2000 Beschäftigte.

Andererseits aber kann man auch die Beobachtung machen, daß es auch die Fabrikanten verstanden haben, den Wert der Organisation auszunutzen. In früheren Jahren sagten die Fabrikanten stets, daß ihre Organisation dazu dienen soll, für ihre Waren angemessene Preise zu erlangen. Heute jedoch stehen sie auf dem Standpunkt — und das haben ihre Verbände zur Genüge bewiesen —, die Arbeiterschaft niederzuhalten. Auf der einen Seite ist es die Regierung, in Verbindung mit Zünfter und Pfaffen, mit ihrer volksfeindlichen Politik, die aus den Knochen der Arbeiterschaft Steuern über Steuern auszupressen versucht; auf der anderen sind es die Fabrikanten, die den Arbeitern den Lohn immer weiter herabdrücken möchten. Der Lohn hat mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen nicht gleichen Schritt gehalten; wenn die letzte Lohnbewegung nicht befriedigt hat, die nächste muß uns einen gewaltigen Schritt vorwärts bringen. Der Referent jagte am Schluß seiner Ausführungen, daß Fragen von großer Wichtigkeit für die Etuisarbeiter-schaft Deutschlands zu besprechen wären, wie Arbeitsnachweis, gelbe Organisationsversuche der Unternehmer, die Lehrlingsfrage, Zentralkommission und Arbeitsnachweis, worüber ein Meinungsaustausch unbedingt stattfinden muß.

Gleichzeitig müssen aber auch die Lehren unserer Lohnbewegungen einer Besprechung unterzogen werden. Trotz schwerer, wochenlanger Kämpfe und ungeheurer Kosten unserer Organisation ist es nicht allen Provinzialstädten, die im Kampfe standen, gelungen, größere Erfolge zu erzielen. Das wirkt aber wiederum auf die Großstädte, in denen bereits höhere Löhne gezahlt werden. Die Kollegenschaft dort wird von den Fabrikanten, denen höhere Lohnforderungen gestellt werden, stets mit dem Bemerkten zurückgewiesen, in der Provinz sind die Löhne bedeutend niedriger als in Berlin. Auch da muß es Aufgabe einer Konferenz sein, die Kollegen der Provinzialstädte anzufeuern, daß sie versuchen, mit den Löhnen der Großstädte gleichen Schritt zu halten. Gelingt es, in der nächsten Zeit eine Konferenz der Etuisarbeiter-schaft abzuhalten, so werden nach derselben ebenso erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen sein, wie nach der Konferenz in Gera.

In der sehr lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten allseitig unterstrichen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 16. Oktober tagende Branchenversammlung der Etuisarbeiter und Arbeiterinnen Berlins nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß es nicht möglich war, im vergangenen Jahre eine Etuisarbeiterkonferenz abzuhalten. Die Versammelten sprechen die Ansicht aus, daß genügend Material vorhanden ist, welches die Abhaltung einer Konferenz rechtfertigt. Gleichzeitig beauftragt die Versammlung die Zentralkommission und Branchenleitung, gemäß den Anregungen in den Anr. 35, 37, 38 und 42 der „Buchbinder-Zeitung“ mit dem Verbandsvorstand nochmals in Verbindung zu treten, um die Abhaltung einer Konferenz zu erindlichen.“

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

- Deutschland:
- Berlin (für Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen); (Stella-Verlag, Buchbinderei).
- Böhm (Buchbinder und Arbeiterinnen).
- Chemnitz (für Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
- Silbesheim (Firma Borgmeyer).
- Leipzig (Firma Pinkau u. Co.).
- Oesterreich:
- Lemberg (Buchbinder);
- Wien (Etuisarbeiter und Arbeiterinnen).
- Schweiz:
- Arbon (Firma A. W. Heine);
- Korschach (Firma Feldmühle);
- Serbien:
- Belgrad (Firma M. Wasper, Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).

Folge Lohnbewegungen ist Bezug fernzuhalten von:

Deutschland:
Regensburg (Buchbinder und Arbeiterinnen);

Vor Arbeitsannahme erkundigen:

Deutschland:
Niel (Buchbinder und Arbeiterinnen);
Dibenburg (Buchbinder und Arbeiterinnen).
Gau IX (Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
Schweiz:
Zürich (Buchbinder);
Freiburg (Buchbinder);
Genf (Buchbinder, Kartonnagen- und Stuarbeiter- und Arbeiterinnen).

Gau V. In Quedlinburg drohen Differenzen auszubrechen. Vor Annahme von Arbeit wollen sich die Kollegen beim Gauleiter in Magdeburg erkundigen.

Gau VI/VII. Vor Arbeitsannahme im ganzen Gaubezirk, insbesondere in Bineburg und Harburg, ist wegen Lohnbewegung beim Gaubevollmächtigten in Hamburg Erkundigung einzuziehen.

Neutlingen. In unserer für die Buchbinderei bedeutenden Konkurrenzstadt ging eine Lohnbewegung vor sich. Den beiden dort bestehenden Firmen wurde laut Beschluss einer gut besuchten Versammlung vom 9. September, in welcher Kollege Schröter referierte, der neue Tarif eingereicht. Die Firma Enklin u. Laiblin (Inhaber Gebr. Sebader) verhielt sich vollständig ablehnend. Die Zugeständnisse, welche sie machen wollte, waren derart, wie man sie in den rückständigsten Orten unserer Branche nicht antrifft. So soll ein junger Mann nach beendigter Lehrzeit Lohn erhalten: im 1. Halbjahr 16 Mk., im 2. 17 Mk. und im 3. 18 Mk. Ist nun dieser Gehalt fünf Jahre im Beruf tätig, dann erhält er 40 Pf. Stundenlohn. Die älteren Arbeiter haben es um so besser, denn die Firma bewilligt für 15 Jahre im Beruf und 10 Jahre bei ihr mit besseren Arbeiten, wie Fertigmachen, Pressen, Schnittmessen, Beschneiden usw., im Tagelohn Beschäftigte 48 Pf., für Affordarbeiter 48 Pf. Stundenlohn. Daß die Firma nur mit ihren Leuten verhandeln will, ist bei dieser rückständigen Gesinnung nicht verwunderlich. Die Firma will aber auch in der von ihr vorgeschriebenen, etwa fünf Mann starken Kommission eine entsprechend starke Vertretung der über 10 Jahre im Geschäft tätigen Arbeiter haben. Auf dieses hin beschränkten die Arbeiter ihre Forderung dahingehend, wenigstens den alten Tarif einzuführen. Aber auch dieses lehnte die Firma brüsk ab, ebenso alle weiteren Verhandlungen.

Am 29. September fand daraufhin wieder eine Versammlung statt, in welcher über diese Vorkommnisse Bericht erstattet wurde. Unter allgemeiner Enttäuschung wurden die Schriftstücke der Firma verlesen. Dieses Verhalten hätte niemand von den sehr christlichen und steinreichen Herren Sebader erwartet. Es wurde beschlossen, daß Schröter vorstellig werden und, wenn auch da keine besseren Zugeständnisse erreicht werden, die Kündigung eingereicht werden soll. Bei der Unterhandlung mit Schröter erklärten die Herren, nichts weiteres genehmigen zu können. In der Lebensmittelleuerung seien sie nicht schuld. Sie könnten nicht regnen lassen, und die Steuer und Zölle hätten sie auch nicht beschlossen.

Am 30. September reichten darauf 47 Arbeiter und 18 Arbeiterinnen die Kündigung ein. Nun ließ die Firma alle Mienen springen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wurden eingeschüchtert. Briefe wurden ins Haus geschickt, in welchem die Betreffenden erjucht werden, nochmals mit sich zu Räte zu gehen und die Kündigung zurückzunehmen, anderenfalls die Stelle anderweitig besetzt wird. Ein Kollege wurde ins Kontor gerufen und ihm nochmals die endgültige Genehmigung vorgelegt. Eine Versammlung am 11. Oktober beschäftigte sich mit der ganzen Sachlage und kam nach lebhafter Diskussion zu dem Entschluß, die Kündigung nunmehr zurückzunehmen. Erreicht wurde: Alle verheirateten Tagelohnarbeiter erhalten 1 Mk. pro Woche Zulage, jüngere ledige 50 Pf. und je nach Leistung auch mehr; jüngere Affordarbeiter erhalten 1 Mk. mehr pro Woche. Für Festen und Fertigmachen gibt es je 5 Proz. Zulage, für Proschüren einhängen pro 1000 Exemplare 10 Pf. mehr. Mädchen erhalten wöchentlich 50 Pf. Zulage. Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden.

Die Firma Warden schläger genehmigte auf ihre Arbeiten einen Aufschlag bis zu 12 Proz. und die Arbeitszeit wurde von 60 auf 56 Stunden pro Woche reduziert.

Sind nun diese Zugeständnisse hauptsächlich bei der Firma Enklin und Laiblin sehr minimale, so ist doch kein Grund vorhanden, jetzt in Mißstimmung zu verfallen. Nach Lage der Sache konnte nicht anders gehandelt werden. Aber die Lehre kann aus der Lohnbewegung gezogen werden, daß es jetzt doppelte Pflicht jedes Kollegen ist, dafür zu sorgen, daß der Verband gestärkt wird. Nicht allein durch Mitgliederzahl, sondern auch durch Stärkung und Kräftigung des Organisationsgebaltens innerhalb der Mitgliedschaft selbst. Wenn so die Verwaltung arbeitet und durch die Kollegen unterstützt wird, dann bringt die nächste Lohnbewegung das Versäumte wieder ein.

Heilbronn. Der mit den Firmen Baier u. Schneider und Carl Verberich geschlossene Tarifvertrag, welcher bis 1. November 1911 Gültigkeit hat, wurde von unserer Seite bestimmungsgemäß drei Monate vorher gekündigt. Mehrere Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in den betreffenden Betrieben beschäftigten sich mit der Schaffung eines neuen Tarifes und wurde derselbe den beiden Firmen übermittelt. Nachdem schon vorher die Firmeninhaber mit einigen Kollegen unserer Lohnkommission unverbündliche Aussprachen gepflogen hatten, wurde auch von seiten der Prinzipale ein Tarifvertrag vorgelegt, welcher jedoch weit hinter unseren Forderungen blieb. Eine Versammlung am 1. Oktober verwarf diesen Tarifentwurf und forderte die Lohnkommission und den Gauleiter Schröter nunmehr auf, in offizielle Verhandlungen mit den Prinzipalen zu treten. Dieselben sollten am 4. Oktober stattfinden. Da jedoch die Firmeninhaber dem Bunde der Industriellen angehören, erklärten dieselben, nicht mit Schröter verhandeln zu können, da ihr Statut vorschreibt, wenn an Verhandlungen andere als im Geschäft tätige Personen teilnehmen, auch ein Vorstandsmitglied oder ein Vertreter des Bundes mit anwesend sein muß. Die Herren bebauerten Schröter gegenüber selbst, daß er sich nicht früher angemeldet habe, sonst hätten sie den Schnibitus des Bundes der Industriellen eingeladen und stände dann nichts mehr im Wege. Die Lohnkommission verzichtete daraufhin auch auf Verhandlungen und wurden dieselben auf Freitag, den 6. Oktober, verschoben. An dieser Verhandlung nahm ein Vertreter des Bundes teil. Trotz mehrföndiger Verhandlung führte dieselbe zu keinem Ergebnis, welches die Arbeitervertreter hätten unterschreiben können.

Die sofort einberufene Versammlung am 7. Oktober nahm den Bericht der Verhandlungen entgegen. In geheimer Abstimmung wurde mit 149 Stimmen der Kommission eine Vertrauenskluggebung ausgesprochen. Zugleich wurde beschlossen, an unserem Tarifentwurf bis zum äußersten festzuhalten, auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Vorher soll aber die Kommission nochmals versuchen, den berechtigten Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung zu verschaffen.

Die Resolution wurde den Prinzipalen unterbreitet und fanden sich dieselben daraufhin bereit, nochmals am 11. Oktober mit uns zu verhandeln. Diese Verhandlungen führten durch beiderseitiges Entgegenkommen zu einem Resultat, welches als annehmbar bezeichnet werden mußte.

Am 13. Oktober fand dann wiederum eine Versammlung statt, in welcher der Bericht dieser Verhandlung gegeben wurde. Die Lohnkommission empfahl einstimmig die Annahme des nunmehr vorliegenden Tarifes. Wenn derselbe auch noch hinter unseren Forderungen bleibt, so ist doch eine wesentliche Erhöhung der Minimallohne erreicht worden. Die Minimallohne gestalten sich folgendermaßen: Nach vierjähriger Lehrzeit: im ersten Gehilfenjahr (bis her 17 Mk.) 18 Mk., im zweiten (19) 20 Mk., im dritten (21) 22 Mk., im vierten (22) 24 Mk., im fünften Jahr (23) 25 Mk. Auch die Löhne der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen wurden erhöht. Außerdem volle Bezahlung der Feiertage an Afford- und Tagelohnarbeiter, und Entschädigungen bis 3 Stunden nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Von der ersten Woche des Jahres 1912 ab sollen alle diejenigen, welche den Minimallohn schon haben, einen wie bisher üblichen Zuschlag erhalten.

In geheimer Abstimmung wurde dieser Tarif, welcher bis 30. Juni 1916 Gültigkeit hat, mit 121 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Lohnbewegung in Heilbronn ist damit aber noch nicht zu Ende. Der Tarif gilt nur für beide obengenannten Firmen. Den anderen Firmen wird ebenfalls ein Tarif vorgelegt. Die zuletzt stattgefundenen Versammlungen, welche einen Besuch aufzuweisen hatten, wie ihn großartiger Heilbronn noch nicht gesehen hat, haben bewiesen, daß die Kollegen und Kolleginnen fest entschlossen sind, auch in den anderen Geschäften einem Tarif Geltung zu verschaffen. Dazu bedarf es aber unablässiger Agitation und Organisation.

Albed. Im vorigen Jahre wurde hier ein Tarif mit der Buchbinder- und der Buchdruckerinnung abgeschlossen. Da dieser Tarif die Arbeiterinnen in keiner Weise berücksichtigte, auch die damaligen Organisationsverhältnisse der Arbeiterinnen nicht dazu angetan waren, schärfer zuzugreifen, so wurde das Vorgehen der Arbeiterinnen bis zu einer Zeit besserer Organisationsverhältnisse vertagt. In diesem Jahre nun sind die Arbeiterinnen erwacht, die kolossale Leuerung sämtlicher Lebensunterhaltsprodukte gegenüber den so schon geringen Löhnen hat sie förmlich in unseren Verband getrieben, so daß über 90 Proz. aller Arbeiterinnen am Ort organisiert sind. Den Arbeitgebern wurde durch unsere Zählstelle ein Antrag unterbreitet, folgende Lohnsätze für Arbeiterinnen im Buchbindertarif aufzunehmen: Anfangslohn 9 Mk., nach dem ersten halben Jahre 11 Mk., nach einem Jahre 13 Mk. Für geübte Arbeiterinnen 15 Mk. pro Woche, Affordarbeiterinnen erhalten einen allgemeinen Lohnaufschlag von 10 Proz. Die Arbeitgebervereine haben hierauf eine ablehnende Antwort erteilt. Die Buchdruckerinnung (!) lehnt es rundweg ab, in Verhandlungen einzutreten. Die Buchdruckerinnung lehnt ebenfalls ab und schreibt des weiteren: „Außerdem erscheint es bei den augenblicklichen schwierigen Arbeitsverhältnissen für Buch- und Steinbrudereien unzulässig, die schwebenden Differenzen durch Aufrollung der Frage des Arbeitsverhältnisses der Hilfsarbeiter zu komplizieren.“ In einer am Sonnabend, den 21. Oktober, abgehaltenen Versammlung, in der Kollege Küster-Hamburg referierte, wurde zu dem vorstehenden Antwortschreiben Stellung genommen. Es trat unter den Arbeiterinnen ein starker Unwille gegenüber der so geringen Bewertung ihrer Arbeitskraft durch die Unternehmer hervor. Beschlossen wurde einstimmig folgende Resolution:

„Die heute, am 21. Oktober, im „Volkshaus“ tagende Versammlung der in Buchbindereien (Buch- und Steinbrudereien) und Kartonnagenfabriken beschäftigten Arbeiterinnen nimmt mit Bedauern von der Ablehnung der tariflichen Regelung der Arbeiterinnenlöhne durch die Arbeitgeber Kenntnis. In Anbetracht der gegenwärtig außerordentlichen Leuerung sämtlicher zum Lebensunterhalt notwendigen Produkte reichen die bisher den Arbeiterinnen gezahlten Löhne nicht aus, um diese nur einigermaßen ansständig zu ernähren. In weiterer Erwägung, daß die zu leistende Tätigkeit der Arbeiterinnen durch eine bessere Bezahlung gerechter bewertet wird, beauftragt die Versammlung die Verwaltung, im Interesse des Friedens mit den Arbeitgebern nochmals in Verbindung zu treten, um eine bessere Bezahlung der Arbeiterinnen zu erzielen. Sollte wider Erwarten eine Einigung nicht erzielt werden, so sollen in der nächsten Versammlung weitere Maßnahmen beschlossen werden.“

Nach einem Schlußwort, in dem zum treuen Zusammenhalt aufgefordert wurde, wurde die von 100 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Wochum. Durch die enorme Leuerung der notwendigen Lebensmittel sah sich die hiesige Zählstelle gezwungen, den Arbeitgebern einen Lohnarif vorzulegen. Wochum ist noch immer im Adressenverzeichnis mit 22,50 Mk. Minimallohn aufgeführt. Die gestellten Forderungen sind in sehr bescheidenen Grenzen gehalten und aus diesem Grunde war anzunehmen, daß die Arbeitgeber weiter keine Schwierigkeiten machen würden. Die Forderungen waren am 1. Oktober an die Arbeitgeber versandt. Die Buchdruckerinnung und der Buchdruckerverein hatten besondere Tarifentwürfe erhalten; die Antworten sollten bis zum 15. in unserem Besitze sein, da an diesem Tage eine öffentliche Versammlung einberufen war, die sehr gut besucht war. Von den Arbeitgebern hatten nur drei eine Antwort gegeben. Auch Innung und Buchdruckerverein hatten nichts von sich hören lassen. Die Versammlung war beargwöhnlicher Weise hierüber sehr entrüstet und sie beauftragte die Tarifkommission, schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Kollege Groenhoff-Uberfeld ernannte noch die Kollegen, sich stets an die Maßnahmen der Kommission zu halten. Beschlossen wurde, Wochum bis auf weiteres zu sperren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, den 15. Oktober, tagende Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß die hiesige Buchdruckerinnung sowie auch der Buchdruckerverein es nicht für nötig erachtet haben, auf das Schreiben der Tarifkommission Antwort zu geben. Sie erblickt darin eine bedauerliche Mißachtung der Kollegenschaft, die um so eigenartiger berührt, da doch die Innung sich als eine berufene Vertreterin des Gewerbes betrachtet und der Buchdruckerverein sich in der Regel als tarifrechtlich bezeichnet. Die Versammlung ermächtigt ihre Tarifkommission, die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Sie drückt der Kommission ihr Vertrauen aus und verpflichtet treu und fest zur Organisation zu halten und mit allen Mitteln für die Durchführung ihrer Forderungen einzutreten.“

Zu bemerken ist noch, daß die Zählstelle in diesem Jahre sehr in die Höhe gegangen ist. Röhlen

wir doch 43 Mitglieder, davon 20 weibliche. Wir können deshalb den weiteren Verlauf der Lohnbewegung mit der größten Ruhe entgegensehen.

Hannau a. M. In der gut besuchten Generalversammlung vom 14. Oktober gab der Vorsitzende Geiger den Geschäftsbericht. Dieser führte den Mitgliedern vor Augen, daß im verfloffenen Quartal in sämtlichen Versammlungen nicht mehr als 15 bis 18 Proz. der Mitglieder anwesend waren. Er richtete das Ergehen an die Kollegen, mehr Interesse an der Organisation zu zeigen und die jetzt stattfindenden Versammlungen gerade so gut zu besuchen wie die heutige. Der Kassierer Müller erstattete dann den Kassenbericht. Alsdann nahm man Stellung zu der Frage einer Gewerkschaftskonferenz. Die Kollegen Braunsdorf, Geiger, Müller, Neul, Lauer und Brünner sprachen sich dahingehend aus, daß es gar nicht anders möglich ist, als daß eine Gewerkschaftskonferenz stattfindet. Nach dem Anhören des Parteiberichts brachte Kollege Lauer vor, daß die Firma Zeh u. Schien versucht, die dort beschäftigten Kollegen zur Affordarbeit heranzuziehen. Die Kollegen betrachteten darin einen Durchbruch unserer Vereinbarung, da bei der Firma noch keine Affordarbeit geleistet wurde, und beschloßen, eine Werkstubeversammlung abzuhalten.

Diese Werkstubeversammlung, welche besonders gut besucht war, beauftragte die Ortsverwaltung, bei der Firma Zeh u. Schien vorstellig zu werden. Die Angelegenheit ist inzwischen zur Zufriedenheit des Personals geregelt.

Berlin. Am 16. Oktober fand eine Branchenversammlung der Gewerkschafter und Arbeiterinnen Berlins statt, die sich mit der Notwendigkeit einer Gewerkschaftskonferenz, mit der Neuwahl eines Mitglieds zur Zentralkommission und diversen Branchenangelegenheiten beschäftigte. Nach Erledigung des ersten Punktes (Bericht hierüber an anderer Stelle), wurde als Mitglied der Zentralkommission Engelmann gewählt. Beim letzten Punkt wurde eine Aussprache über den Wechsel der Arbeitsstellen der in Arbeit stehenden Kollegen herbeigeführt. Allseitig wurde beurteilt, daß einzelne Kollegen, trotzdem sie in Arbeit stehen, zu anderen Fabrikanlagen laufen, um dort ihre Arbeitskraft anzubieten. Die arbeitslosen Kollegen, die auf dem Nachweises sitzen, werden dadurch schwer geschädigt, sie können wochenlang warten, ehe sie Arbeit bekommen, während andere von einem Betrieb in den anderen laufen. Dies ist ein Zustand, der unbedingt beseitigt werden muß. Es wird ein Beschluß der Branche ins Gedächtnis gerufen, wonach alle Kollegen verpflichtet sind, bei beabsichtigtem Stellenwechsel sich vorher mit dem Obmann der Zentralkommission in Verbindung zu setzen. Auch die Kollegen der Probirung werden ersucht, falls sie gewillt sind, in Berlin Arbeit zu suchen, sich an den Kollegen Richard Wendt, Tempelhof, Vorussiastraße 7a, zu wenden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hamburg-Altona. In dem Geschäftsbericht der Generalversammlung vom 17. Oktober bespricht der Vorsitzende Hübner die Vorkommnisse des verfloffenen Quartals, wobei er besonders auf den Streik bei der Firma Treu u. Co. hinwies. Es dürfe nicht vorkommen, daß die Kollegen ohne Mitteilung an die Verbandsleitung bei irgend einer passenden oder unpassenden Gelegenheit einfach die Arbeit niederlegen. Für derartige Ausstände würde der Vorstand in Zukunft nicht wieder eintreten können. Zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht bemerkt Hübner, daß die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung im verfloffenen Quartal infolge der großen Arbeitslosigkeit unter den Kolleginnen sehr hohe waren. Die Einnahmen für die Verbandskasse betragen 6782,22 Mark und die Ausgaben 6619,33 Mk., davon sind an die Verbandskasse eingekandt 2704,25 Mk. Die Kasse hatte eine Einnahme von 2563,90 Mk. und eine Ausgabe von 1775,15 Mk. Nach dem Bericht des Arbeitsnachweises war die Frequenz desselben im letzten Quartal eine sehr starke, waren doch zu Zeiten circa 90 Kolleginnen und 60 Kollegen arbeitslos. Aus der Mitte der Versammlung wurde bitter darüber geklagt, daß viele Unternehmer die Besetzung der Stellen mit Vorliebe unter der Hand, resp. durch den Innungsnachweis vornehmen. Betont wird demgegenüber, daß die Unternehmer zur Verwendung des paritätischen Arbeitsnachweises durch unseren Tarifvertrag verpflichtet seien; der Vorstand wird aufgefordert, diesbezüglich mit der Unternehmerorganisation in Verbindung zu treten. Einige Redner sprachen sich dafür aus, daß es abgelehnt werden sollte, mit solchen unter Umgehung des Arbeitsnachweises in die Betriebe gelangenden Kollegen zusammen zu arbeiten. Nebenfalls aber müssen die Kollegen unbedingt selbst Hand mit anlegen, um endlich einmal geregelte Zustände zu schaffen. Im Anschluß an diese Debatte wird das Ueberhandnehmen der Anfertigung von Gehilfenarbeit, wie sie in dem allgemeinen in

Leipzig abgeschlossenen Tarif festgesetzt ist, durch Frauen kritisiert. Auch hier liege es wieder an den Kollegen selbst, welche streng darauf achten müssen, daß nach dem Tarif verfahren wird. Bei den nun vorgenommenen Wahlen werden Söntens als Weisiger zum Innungsschiedsgericht und Heiland als Mitglied des Festauschusses gewählt. Eingewiesen wurde auch auf das am 11. November stattfindende Stützungsfest. Es ist gelungen, den Opernsänger H. Wötel und die Liedertafel Gutenbergs für diesen Abend zu gewinnen, und erwarten wir in Anbetracht der Aufwendungen den Besuch aller Mitglieder.

Hannover. In unserer am 20. Oktober stattgefundenen Generalversammlung konnte der Vorsitzende bei der Erstattung des Geschäftsberichts die sehr erfreuliche Tatsache berichten, daß die nach dem Kampfe im Vorjahre eingetretene Krise in unserer Zahlstelle nunmehr überwunden ist. Die Mitgliederbewegung ist wieder in aufsteigender Linie begriffen und hat seit der letzten Quartalsabrechnung bedeutend zugenommen. Betrug die Mitgliederzahl am Schluß des vorigen Quartals 498 männliche und 398 weibliche Mitglieder, so beträgt dieselbe nach der letzten Abrechnung 520 männliche und 412 weibliche. Außerdem sind zu Anfang des 4. Quartals bereits wieder eine Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen. Im verfloffenen Quartal fanden statt 1 General- und 2 Mitgliederberausammlungen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 7 Sitzungen. Eine Sitzung des Vorstandes in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern befaßte sich mit der in Aussicht genommenen Hausagitation. — Korndner erstattete den Kassenbericht, der in Einnahme und Ausgabe mit 5309,86 Mk. abschließt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 3016,38 Mk., die Ausgaben 1919,69 Mk., so daß der Kassenbestand der Lokalkasse 1096,69 Mk. beträgt. Der Arbeitsnachweisbericht zeigte folgendes Bild: Es meldeten sich arbeitslos 56 männliche und 15 weibliche Mitglieder am Orte und 75 männliche Mitglieder auf der Reise. Die Zahl der Arbeitslosetage betrug für die Mitglieder am Orte 1611 und für die Mitglieder auf der Reise 489. Angemeldet wurden für männliche Mitglieder 19 Stellen, davon wurden besetzt 16. Für weibliche Mitglieder wurden angemeldet 4 Stellen, davon wurden besetzt 3. Von den angemeldeten Stellen waren 16 am Ort und 7 außerhalb. Nachdem wies Goppert auf die in letzter Woche stattgefundene Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher Hannoverischer Gewerkschaften hin. Diefelbe habe sich mit der Agitation unter allen Berufen befaßt und den Beschluß gezeitigt, zur Einleitung derselben ein Flugblatt zu verbreiten. Goppert richtet an die Kollegen die Aufforderung, sich an der Verbreitung rege zu beteiligen.

Eine große Bewegung rief die in der Versammlung vorgebrachte Mitteilung hervor, daß in dieser schweren Zeit der Lebensmittelerzeugung, in welcher Fabriken anderer Branchen ihren Arbeitern und Angestellten bis zu 3000 Mk. Jahreseinkommen und Zuerzuzulagen gewährten, man in der größten Hannoverischen Kontobuchfabrik, bei König u. Gehardt, die Buchbinder noch mit Abzügen bedenk. Es handelt sich hier um Arbeiter, für welche der Affordpreis schon circa 15 Jahre besteht, aber noch nicht tariflich festgelegt ist. Von verschiedenen Rednern wurde das Verhalten eines Teiles der Kollegen genannter Firma scharf gezeigelt, welche sich diese Abzüge stillschweigend gefallen lassen, ohne den Vertrauensmännern eine Mitteilung zu machen.

Chemnitz. Am 21. Oktober fand unsere Vierteljahrversammlung statt, in welcher der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung im verfloffenen Quartal gegeben wurde. Demnach wurden 11 Vorstandssitzungen, 3 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen, 3 Vertrauensmänneritzungen, 2 Sitzungen der Tarifkommission, 1 Zuschneiderritzung, 1 Sitzung der Verhandlungskommission, 8 Werkstube- resp. Bezirksversammlungen abgehalten. Zu Flugblattverbreitungen waren die Vertrauensleute je schmal tätig; ebenso eine größere Anzahl Mitglieder, welche sich an zwei Sonntagen der Hausagitation widmeten. Die Mitgliederbewegung war folgende: Am 1. Juli gehörten der Zahlstelle an: 350 Mitglieder (190 männliche, 160 weibliche), am 30. September: 561 Mitglieder (246 männliche, 315 weibliche), somit eine Zunahme von 211 Mitgliedern (86 männliche, 125 weibliche). Nach Vortrag des Kassenberichts entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, an die sich ein Bericht des Kollegen Pfütze über die Verhandlungen mit den Unternehmern der Kartonbranche und den inzwischen abgeschlossenen Tarif anschloß. Er ersuchte die Anwesenden, auch fest zum Tarife zu stehen und dem Verbands nicht den Rücken zu kehren, damit Tarifdurchbrüche nicht erfolgen. Er erwähnte die Kollegenschaft, die Unorganisierten für uns zu gewinnen, um die Grundlage, welche geschaffen ist, noch weiter auszubauen. Keiner Weisfall folgte seinen Worten. Ferner wurde beschlossen,

am 28. d. M. eine öffentliche Versammlung für alle Branchen abzuhalten. Nach einigen internen Besprechungen wurde diese hochinteressante und gut besuchte Versammlung geschlossen.

Schleiz. Am 21. Oktober hatten sich die hiesigen Kollegen und Kolleginnen zu einer außerordentlich gut besuchten Versammlung zusammengefunden, in welcher Kollege Zinke-Leipzig über: „Der Dreistädte-tarif und die Provinz“ referierte. Dieses Thema kann für Schleiz als ein besonders aktuelles bezeichnend werden, weil die Einrichtungen in den Betrieben dieser Stadt völlig denen entsprechen, die man in den Firmen der Tarifstädte anzutreffen gewöhnt ist. Leider trifft dies aber auf die Entlohnung des Personals nicht im entferntesten zu. Stundenlöhne von 26 Pf. für junge Kollegen sind durchaus keine Seltenheit, während der Durchschnittslohn sich auf etwa 33 Pf. stellen dürfte, der auch als Durchschnittslohn der Affordarbeiter angenommen werden kann, während als Arbeitszeit die zehnstündige in Betracht kommt. Der Referent schilderte die Schwierigkeiten bei den diesjährigen Tarifverhandlungen, die nicht zuletzt wegen der rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Probirbetrieben zutage traten, fordernd, daß man nun endlich auch in diesen mehr denn bisher bemüht sein möge, menschenwürdige Löhne und ebenfolche Arbeitszeit zu erringen. Im zweiten Teile seines Vortrages erläuterte der Redner den Wert und Nutzen der Organisation und machte es den Schleizer Kollegen und Kolleginnen zur Pflicht, im eigenen als auch im allgemeinen Interesse dem Verbands beizutreten, um schließlich auch hier einmal daran denken zu können, geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Die sich an der Diskussion beteiligenden Kollegen sprachen im Sinne des Referenten und kamen zum Teil auf Unzuträglichkeiten zurück, die die leider eingegangene frühere Zahlstelle in Schleiz zu überwinden hatte. Nach einem Schlußworte des Kollegen Zinke meldeten sich 12 Kollegen und 6 Kolleginnen zum Eintritt in den Verband, so daß mit den bereits früher vorhandenen 16 Mitgliedern die Organisation in Schleiz einen Mitgliederbestand von 28 Kollegen und 6 Kolleginnen aufweist. Dieses günstige Ergebnis führte zur Gründung einer Zahlstelle, deren provisorische Leitung in die Hände der Kollegen Otto Scherf, Bernhard Neubert und Robert Förbel gelegt wurde, während die endgültige Zusammenstellung der Ortsverwaltung in einer weiteren Versammlung vorgenommen werden soll, die für Sonnabend, den 4. November, in Aussicht genommen wurde.

Die Organisation hat also in Schleiz wieder festen Boden gewonnen. Wir erwarten von unseren dortigen Kollegen und Kolleginnen, daß sie treue Mitglieder bleiben, insbesondere hoffen wir, daß sich auch sämtliche alte Kollegen zur Organisation zurückfinden mögen, die früher mit uns in Reich und Glied gestanden haben. Die Möglichkeit, durch organisatorische Tätigkeit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, erscheint in Schleiz in besonders hohem Maße gegeben, möge deshalb unsere dortige Kollegenschaft auf dem Posten sein.

Stuttgart. Ueber einen doppelten Unglücksfall an ein und derselben Maschine berichtet die „Eglinger Volkszeitung“: In der Buchbinderi noch in Stuttgart geriet vor etwa fünf Wochen ein 19jähriger Arbeiter mit einer Hand in eine Schnellpresse; zwei Finger mußten dem jungen Mann sofort abgenommen werden, ob ein weiterer verletzter Finger erhalten bleiben kann, steht heute noch sehr in Frage. Am 9. Oktober erschien nun ein Beamter der Berufsgenossenschaft im Geschäft, um zu erfahren, wie sich der Unfall zugetragen hat. Der Geschäftsinhaber begab sich mit dem Beamten zu der Maschine; Kollege Genwein erhielt von ihm den Auftrag, die Maschine im Betrieb vorzuführen. Vor den Augen der Kommission hatte auch Genwein das Unglück, mit der Hand in die Maschine zu geraten, ein Schrei und die Hand war vollständig zerdrückt — sie mußte abgenommen werden. Der bedauernswerte Mann, die Stütze seiner betagten Mutter, rief beim Anblick der verstümmelten Hand nach einem Revolver, als ob Anordnung des entsetzten Fabrikanten der Sanitätswagen requiriert werden sollte. Welche Verzweiflung liegt in diesem Wunsche des Verunglückten nach der Waffe! Er sieht sein Los als Krüppel vor Augen, er möchte niemand zur Last fallen. Wie bekannt wurde, befand sich der Verunglückte bei Vorführung der Maschine etwas in Aufregung, so daß er die nötige Vorsicht außer Acht gelassen haben soll. Doch sollen an der gleichen Maschine schon vorher verschiedene Unglücksfälle vorgekommen sein. Sollten wirklich alle Unfallverhütungsvorschriften dort angebracht sein, wenn man in Betracht zieht, daß schon mehrere Arbeiter zum Krüppel wurden? Leben und Gesundheit der Arbeiter erfordern, daß bei derartigen Maschinen die peinlichste Kontrolle über die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen geübt wird.

Rundschau.

+ Die Uebernahme von Kosten für Krankenhausbehandlung ist eine freiwillige Leistung der Krankenkassen, die sie gewähren können aber nicht übernehmen müssen. Diese gesetzliche Bestimmung wird sehr häufig von den Krankenkassenmitgliedern außer acht gelassen. Meistens ist der Glaube verbreitet, wenn sie eine ärztliche Bescheinigung des Arztes haben, daß ihre Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig ist, sie sich mit dieser Bescheinigung unmittelbar an ein Krankenhaus wenden dürfen und die Kasse dann auf Grund der ärztlichen Bescheinigung verpflichtet sei, die Kosten für die Krankenhausbehandlung zu übernehmen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Wenn die Kasse sich nicht in bestimmter Weise zur Uebernahme der Krankenhauskosten vor der Aufnahme in das Krankenhaus bereit erklärt hat, haftet sie nur in Höhe des anderthalbfachen Betrages des statutenmäßigen Krankengeldes. Da dieser Betrag meistens nicht zur Deckung der Krankenhausbehandlung ausreicht, muß gewöhnlich die Armenverwaltung einstweilen den Mehrbetrag decken. Diese belegt dann gemäß ihrer gesetzlichen Befugnis das Krankengeld mit Beschlagnahme — der Kranke bekommt dann gar nichts von der Kasse — und fordert den Mehrbetrag der entstandenen Kosten später von dem Kranken selbst ein.

Um sich vor dergleichen unangenehmen Uebertragungen und Nachteilen zu schützen, beachte man unter allen Umständen, daß man mit der Bescheinigung des Arztes über die notwendige Krankenhausbehandlung zunächst nach der Krankenkasse geht, wo man sich bescheinigen läßt, daß dieselbe sich zur Uebernahme der Kosten bereit erklärt.

Bemerkt sei hierbei gleichzeitig, daß die Kassen auch berechtigt sind, diese Kosten nur bis zu einer bestimmten Höhe und eine bestimmte Zeit zu gewähren, sich die Nachbewilligung vorbehalten oder diese später ablehnen. Diese Einschränkung muß jedoch in bestimmter und klarer Weise dem Mitglied gleich gesagt werden.

Gau V.

Veranlaßt durch die Zahlstellen Wittenberg, Dessau und Magdeburg wird ein Goutag am 3. Dezember 1911 in Magdeburg tagen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters S. Kornacker.
2. Bericht des Gauleiters.
3. Bericht der Mitgliedschaften.
4. Ausbau des Gauarbeitsnachweises.
5. Wie soll sich die Agitation in Zukunft gestalten?
6. Verschiedenes.

Vorstehende Tagesordnung ist ein Provisorium. Wenn die Kollegen des Gau V besondere Wünsche zum stattfindenden Goutag oder zur Tagesordnung haben, dann bitten wir, diese bis 13. November beim Unterzeichneten einzufenden.

J. A.: Rudolf Herberg,
Magdeburg, Friesenstr. 2.

Abrechnungen

zum 3. Quartal 1911 gingen weiter bis zum 24. Oktober bei der Verbandsstufe ein: Von Frankfurt a. O. mit 80,— M., Stettin 300,— M., Gau 4 —, M., Gau 5 516,15 M., Gau 6/7 549,50 M., Bremen 600,— M., Hamburg-Altona 2704,25 M., Lübeck 341,85 M., Rüttingen-Wilhelmshaven 111,39 M., Gera 60,— M., Markt, Halle —, M., Gau 10 249,60 M., Barmen-Elberfeld 1420,— M., Bonn 150,— M., Düsseldorf 723,87 M., Gelsenkirchen 80,07 M., Gagen 220,79 M., Markt, Heselöhn 90,— M., Krefeld 650,— M., Neuwied 145,63 M., Gau 11 143,42 M., Darmstadt 100,— M., Frankfurt a. M. 1140,— M., Burgstädt 100,81 M., Dresden 10 000 M., Gau 13 400,— M., Mannheim-Ludwigshafen 800 M., Straßburg 200,— M., Gau 16 200,— M., Nürnberg-Fürth 1900 M., Gau 17 80,— M., Kaufbeuren 80,— M. und von München mit 2000 M.

E. Haucisen.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

Burgstädt i. S. M. Reichelt, Rochlitzerstr. 10.
Düren i. Rhld. J. Frenken, Zülpicherstr. 27.
Freiburg i. S. Stähle, Kreuzstr. 15 III.

Unterstützungs-Anzahler.

Freiburg i. S. R. Schmidt, Rheinstr. 6 II.
Halle. P. Heine, Volkspark, Burgstraße.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. M. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Geschichte der Erde. I. Die Berg und Tal entstehen.** Kurzer Abriß der dynamischen Geologie. Von R. Rommelt. Fünfundsechzigtes Bändchen der Kleinen Bibliothek. 128 Seiten. Illustriert.

Ferner ist erschienen und gelangt gleichzeitig zur Ausgabe: **Aus alten Tagen.** Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Von Julius Deutsch. Sechzigstes Bändchen der Kleinen Bibliothek. 96 Seiten. Illustriert.

Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinsbeitrag 50 Pf.

Einwendungen für die Zeitung müssen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag abend Berücksichtigung finden.

ANZEIGEN

Vielen Kranken ein grosser Segen!

J. R., not. cand., in Stuttgart schreibt: Solange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgepannt gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamischeider Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.

Fr. D. in Klausthal: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihre berühmte Kur Lamischeider Stahlbrunnen von meinem mich seit langen Jahren quälenden Nervenleiden befreit hat. Alles ging ohne Verursachung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.

Geheimrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilfaktor ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamischeider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 128.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Hamburg.
Sonnabend, den 4. November 1911,
abends 9 Uhr:

Vierteljahrsversammlung

bei **Bngt, Schellingstraße 17.**

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Presser

jüngerer, nach Genua zu deutsch. Meist gef. Reisevergütung bei 2jähr. Kontrakt. Eintritt sofort.

Legatoria **R. Fehrenbach, Genua, Vico Mele Nr. 6-4.**

Gesucht tüchtige

Stenographen

auf Samt und Leder bei gutem Lohn und dauernder Stellung. Offerten mit **S. N. 8527** befördert **Rudolf Woffe, Hamburg.**

Bouillon-Würfel,

La Ware, äußerst schmackhaft, 100 Stück 2,50 M. (bei 200 Stück 5,— M. franko) gegen Nachnahme, bei Posten billiger. **Nahrungsmittel-Fabrik „Goliath“, Berlin 37, Saarbrückerstr. 30a.**

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geräth-Anstalt

M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,

Fernsprecher: Amt IV, 6938,
kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmied, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs-schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O. Th. Winckler, Leipzig**

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man keinem nicht organisierten Kollegen.